

Wochenlohn 65 Pf., monatlich 1,60 M.
Im voraus zahlbar, Vollebezug 4,20 M.
einjährig 40 Pf., halbjährig 20 Pf.,
22 Pf. Vorkosten für den Ausland-
abonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
einmal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Währerteilungen“, „Volk
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrer“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung
des Pfennigs, Reichsmark 1 = Reichs-
mark, „kleine Angelegenheit“ hat jetzt
bedeutend Wort 25 Pfennig (gültig seit
1. September 1924), jedes weitere Wort
12 Pfennig, „Stückzahl“ das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig, Anzeigenannahme in Haupt-
stadt Lindenstraße 2 wochentags
von 8^{1/2} bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wollstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3.

Konflikt in der Koalition.

Zwischen Volkspartei und Zentrum. — Zweite Lesung der Arbeitslosenreform beendigt. — Volksparteilicher Vorstoß abgewiesen.

In einer zehnstündigen Dauer Sitzung ist am gestrigen Dienstag die zweite Lesung der beiden Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung beendet worden. Noch einmal hatte die Volkspartei alle ihre Anträge wiederholt, die einen Generalabbau der Versicherungsleistungen bezweckten. Noch einmal bot sie ihre Redner auf, um durch Scharsmacherreden einen letzten Versuch zu machen, die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in die Arbeitslosenfürsorge mit einer dürftigen Grundlage zu erzwingen. Sie tat das, obwohl ihr in den interfraktionellen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers klar bedeutet worden war, daß ihr Verhalten die politische Krise mit all ihren unabsehbaren Folgen unansprechlich mache.

In diesem Verhalten der Deutschen Volkspartei kam die ganze Erbitterung über den unachgiebigen Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Abbautendenz zum Ausdruck. Die Volkspartei wollte es nicht verwinden, daß ihren, nur auf das Diktat schwerindustrieller reaktionärer Kreise zurückzuführenden Willen ein ebenso starker Wille der Millionen Reichsdeutschen entgegengekehrt wurde, für die eine ausreichende Arbeitslosenversicherung eine Lebensfrage ist. Und da der Widerstand der Sozialdemokratie in dem monatelangen Kleinkrieg im wachsenden Maße auch die Unterstützung des Zentrums und der Demokraten fand, so war es nicht erstaunlich, daß es in der gestrigen Debatte zu einem scharfen Kampf zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei kam. Sowohl der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, der Zentrumsabgeordnete Esser, als auch der frühere Arbeitsminister des Zentrums, Herr Brauns, wandten sich in scharfsten Worten gegen die Unachgiebigkeit der Deutschen Volkspartei, die in einer Rede des Abg. Hued zu wahrhaft provozierendem Ausdruck gekommen war. Besonders sein Wort von den „imaginären Verpflichtungen“ der Volkspartei als Regierungspartei wirkte wie eine Sprengbombe.

Alle Versuche der Volkspartei, mit Hilfe der Deutschnationalen, der Volkischen oder anderer Splittergruppen ihre Abbauanträge durchzusetzen, wurden zum Scheitern gebracht. Abgelehnt wurde die Verlängerung der Parteizeit für die ledigen Versicherungspflichtigen auf zwei Wochen.

Abgelehnt wurde die besondere Verlängerung der Parteizeit der Saisonarbeiter auf drei Wochen.

Abgelehnt wurde die volle Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenunterstützung. Hier stimmten selbst die Kommunisten für den sozialdemokratischen Antrag, durch den die Freigrenze auf 30 M. festgesetzt wurde.

Abgelehnt wurde auch die allgemeine Kürzung der Unterstützung für diejenigen Versicherungspflichtigen, die eine Anwartschaft unter 52 Wochen aufzuweisen haben.

Beide Vorlagen, Haupt- wie Sondervorlage, wurden also im wesentlichen in der Fassung angenommen, die sie im Sozialpolitischen Ausschuss erhalten hatten. Es gelang sogar, noch eine wichtige Verbesserung durchzusetzen, und zwar wurde der Zwangsang für besetzte Stellen, der in heftigen Kämpfen im Sozialpolitischen Ausschuss gefallen war, wieder eingefügt, obwohl die Kommunisten im trauten Bündnis mit der Reaktion dagegen stimmten.

Auch für die Saisonarbeiter blieb es bei den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses, durch die eine Neuregelung der Unterstützungslöhe in Höhe der Höhe der Arbeitslosenfürsorge eintritt. Zugleich werden aber im Gegensatz zur bisherigen Regelung die Saisonarbeiter wieder in die Versicherung einbezogen, und damit ist die Bedürftigkeitsprüfung beseitigt. Beide gelang es der Sozialdemokratie nicht, die Bemessung der Unterstützung der Saisonarbeiter nach dem Wohnort, falls Wohnort und Arbeitsort verschieden sind, zu verhindern. Diese Bestimmung wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen. Hier bleibt allerdings der Verwaltung die Möglichkeit, durch lokale Handhabung der Gesetzesbestimmungen Härten und Unbilligkeiten zu vermeiden.

Die Erhöhung der Beiträge um ein halbes Prozent, die bereits im Sozialpolitischen Ausschuss abgelehnt war, wurde vom Plenum nicht weiter berührt. Die interfraktionellen Besprechungen, deren Hauptaufgabe es sein sollte, den Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen diese Beitragserhöhung zu verhindern, hatte keinerlei positives Ergebnis.

Es bleibt also bei dem bisherigen Beitrag, bis etwas anderes beschlossen wird. In der Zwischenzeit muß das Reich aus allgemeinen Steuermitteln diejenigen Darlehen an die Erwerbslosenversicherung gewähren, die zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen erforderlich sind.

Die dritte Lesung der beiden Vorlagen wird am Donnerstag erfolgen. Sachliche Änderungen sind kaum noch zu erwarten. Und wenn auch nicht alles durchgeführt worden ist, was die Sozialdemokratie erstrebt hat, so kann doch jetzt offen ausgesprochen werden, daß der beispiellos zähe, unermüdliche und monatelange Kampf der Sozialdemokratie zum Schutz der Arbeitslosen und der Arbeitslosenversicherung erfolgreich war.

Politisch hat die Volkspartei gestern die bestehende Regierungskoalition bis hart an die Grenze der Krise herangeführt. Die Auseinandersetzungen zwischen ihr und dem Zentrum sind noch nicht abgeschlossen. Das Zentrum fordert von der Volkspartei, daß sie bei der dritten Lesung nicht noch einmal aus der Reihe tanzen soll. Diese Forderung soll, wie es heißt, auch heute vormittag in der Besprechung beim Reichskanzler zum Ausdruck kommen. Treibt die Volkspartei wieder einmal bewußte Krisenpolitik? Treibt sie das selbe Spiel wie bei so vielen früheren Gelegenheiten? Man erinnere sich:

Am 3. Oktober 1923 erzwang die Stinnes-Clique in der Deutschen Volkspartei den Rücktritt des ersten Kabinetts Stresemann. Als Vorsitzender des rechten Flügel der Volkspartei — zu dem damals auch noch die Herren Ducah und Marecki gehörten — hielt Herr Scholz in einer Parteiführerbesprechung am 2. Oktober eine Rede, die stoßartig wirkte. Er forderte die Aufnahme der Deutschnationalen, heftigen Kampf gegen den Reichstagspräsidenten, personelle Umbildung in der Reichsregierung. Die letzte Forderung wandte sich gegen seinen eigenen Parteifreund v. Kaumer. Die Folge war, daß Kaumer und zugleich Hilferding ihre Portefeuilles zur Verfügung stellten; am nächsten Tag trat die Reichsregierung zurück. Es wurde ein zweites Kabinett Stresemann gebildet, das von der Volkspartei (Hitler-Butsch, Sachseimarisch) wieder gesprengt wurde. Es folgte das erste Kabinett Marx.

Im September des Jahres 1924 betätigte sich die Volkspartei abermals als Krisenmacherin. Am 25. September forderte sie die Ausführung des Vertrages, der vor der Dames-Abstimmung durch die Deutschnationalen und Volkspartei abgeschlossen worden war. Der Parteiausschuss der Volkspartei verlangte die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung Marx und verband diese Forderung der „Zusammenfassung aller staatsbejahenden Parteien“ mit einer Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie. Es kam die Reichstagsauflösung.

Nach der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 erzwang die Volkspartei die Bildung des ersten Bürgerblocks unter Luthers Führung. Sie versuchte gleichzeitig, die Große Koalition in Preußen zu zerschlagen und die preussische Regierung einem Bürgerblock auszuliefern. Sie zog zu diesem Zwecke ihre Minister Boellig und Richter aus dem Preussenkabinett zurück. Dieser Sprengungsversuch jedoch mißlang — er hatte nur die Wirkung, daß die Deutsche Volkspartei bis auf den heutigen Tag aus der preussischen Regierung ausgeschlossen geblieben ist.

Im Jahre 1926 — nach dem Sturz des zweiten Kabinetts Luther und den Verhandlungen Stresemanns in Thoiry — führten die außenpolitischen Notwendigkeiten eine Annäherung des dritten Kabinetts Marx an die Sozialdemokratie herbei. Das Kabinett Marx suchte gegenüber den Saboteuren der sogenannten nationalen Opposition die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie unterstützte die Außenpolitik Stresemanns im Reichstag gegen die Angriffe der Deutschnationalen. Es wurde der Sozialdemokratie ein Modus vivendi angeboten. Da gab plötzlich Herr Scholz im November 1926 die Erklärung ab, daß die Regierung alle Vorlagen nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit den Deutschnationalen vorberaten müsse. Am 28. November hielt Herr von Kardorff auf dem hessischen Landesparteitag der Deutschen Volkspartei eine Rede gegen die Sozialdemokratie: Die Deutsche Volkspartei müsse sich wirtschaftlich, sozial und auf steuerlichem Gebiete mit den Deutschnationalen einig, sie dürfe nicht daran, sich der Sozialdemokratie in die Arme treiben zu lassen. Am 5. Dezember unterstrich Herr Scholz in einer Rede in Insterburg diese Erklärung. Er konstatierte die innere Uebereinstimmung mit den Deutschnationalen und fügte hinzu, in der Arbeitszeitfrage werde niemals eine Verständigung mit der Sozialdemokratie möglich sein, man könne mit der Sozialdemokratie erst paktieren, wenn sie den Kampf gegen die kapitalistische Weltanschauung aufgeben würde. Die Folge dieses Sprengungsmanövers war die Bildung des Bürgerblocks Marx-Neudell.

Der heutige und morgige Tag werden die Entscheidung darüber bringen, ob die Volkspartei auch diesmal wieder die Krise will — richtiger, ob sie schon jetzt zur Krise treibt. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist ja nur ein Vorpiel der großen Auseinandersetzungen, die sich um die Finanzreform entspinnen werden. Uebersteht die Regierungskoalition die gegenwärtige Belastungsprobe, so wird ihr eine noch schwerere folgen. Diesmal hat sich von den übrigen Regierungsparteien keine einzige dem Diktat der Volkspartei gebeugt. Will man Optimist sein, so kann man das als ein gutes Vorzeichen nehmen.

Zentrum gegen Volkspartei.

Erregte Auseinandersetzung.

Um 6^{1/2} Uhr wird die neue Sitzung eröffnet.

Abg. Esser (Z.): Das Zentrum hat bisher die größte Zurückhaltung in der Debatte geübt, weil neue Gesichtspunkte zur Arbeitslosenfrage bisher nicht vertreten wurden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Als das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen wurde, konnte man die Veränderungen in der Produktion nicht voraussehen, die die Arbeitslosenzahl so erhöhen sollten. Die Arbeitslosenfrage sollte überhaupt mit mehr Ernst behandelt werden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien. Juraß der Komm.: Und mit welcher Heuchelei!) Für uns handelt es sich darum, die Reinigung der Arbeitslosenversicherung von dem Makel ihrer ungünstigen Einwirkung auf Arbeitsethik und Arbeitsmoral und ihre finanzielle Sicherstellung zu erreichen. Nur damit kann dieses Werk von einzigartiger sozialpolitischer Bedeutung erhalten werden. (Lärm und Widerspruch der Kommunisten.)

Redner bedauert, daß der Antrag Riesenat-Teusch im Ausschuss besonders durch die Änderungsanträge der Deutschen Volkspartei vollständig verzerrt worden sei.

Die Unterstützungslöhe wären durch diese Abänderungsanträge der Volkspartei zum Teil bis auf 13 M. pro Woche gekürzt worden. Das bedeutet die Preisgabe der Arbeitslosen an den Hungertod und eine unerträgliche Belastung der kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen.

Wir haben die Anträge der Deutschen Volkspartei aus der Ermägung abgelehnt, daß die Wirtschaft eher die eine auf sie entfallende Hälfte einer Beitragserhöhung um 1/2 Proz. tragen kann, als die Erhöhung der Realsteuern als Folge der Ueberbelastung der Wohlfahrtsfürsorge. Im übrigen bringen die von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagenen Einsparungen nicht den Betrag, der zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt erforderlich ist. (Beifall bei den Soz., Dem. und Z.)

Abg. Hued (D. Sp.): Nachdem der Vordredner unsere Haltung einer so liebevollen Kritik unterzogen hat, müssen wir nochmals darauf eingehen. Auch meine Fraktion kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie auf das eifrigste und erfolgreichste mitgearbeitet hat, um die Arbeiter vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. (Sehftiver Widerspruch in der Mitte und links.) Die Erfahrungen

der letzten zwei Jahre waren allerdings nicht vorzusehen. Wir stehen nur andere und weitgehendere Konsequenzen als Herr Esser. Die Anträge, die wir gestellt haben, stellen das Minimum von dem dar, was verwirklicht werden muß, wenn eine Sanierung der Reichsanstalt ohne weitere Belastung der Wirtschaft durchgeführt werden soll.

Herr Esser erklärt die Wiedereinbringung unserer Anträge im Plenum für illusorisch. Wir brauchen hier keine Vorlesungen über Popularität zu halten. (Unruhe.) Zu welchem Zeitpunkt hat der Vertreter einer anderen Partei an uns das Ersuchen gestellt, von solchen Anträgen abzusehen? (Abg. Frau Teusch (Z.): Heute bei den Verhandlungen im Reichstag.)

Durch imaginäre Verpflichtungen können wir uns nicht von der Antragsstellung abhalten lassen.

Wir müssen es uns auf das energischste verbitten... (die weiteren Worte des Redners gehen in großer allgemeiner Unruhe unter).

Herr Esser hat Unterstützungsläufe von 13 M. genannt, aber nicht gesagt, daß sie nur für Ausnahmefälle gelten sollen, wo die Anwartschaft sich nur auf 26 Wochen beläuft. Er hat sich auf die Ausführungen der Städtevertreter im Sachverständigenausschuß und im Sozialpolitischen Ausschuß berufen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ein Arbeitsloser einen Rechtsanspruch aus Versicherung geltend zu machen hat, oder nach Bedürftigkeitsprüfung eine Wohlfahrtsrente erhalten kann. Wenn aber in dieser Hinsicht solche Beispiele wie Köln oder Frankfurt angezogen werden sollen, so frage ich, worin liegt denn die moralische Notwendigkeit dafür, daß in Frankfurt die Fürsorgeunterstützung fast doppelt so hoch ist wie in Berlin? (Hört! hört! bei der D. Vp.) Besonderheiten, wie die in der Grenzstadt Breslau, können nicht zugrunde gelegt werden. Der Vorwurf, die Deutsche Volkspartei ginge bewußt für einen großen Kreis der Bedürftigen unter die notwendigen Säbe hinunter, trifft also nicht zu. Wir wollen die Ermäßigung nicht aus Freude am Verfügen durchzuführen, sondern weil weder bei der Reichsanstalt noch beim Reich die Mittel vorhanden sind. (Lebhaftes Hört! hört! bei der D. Vp. — Große Unruhe in der Mitte und links.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.) gibt die Erklärung ab, daß die deutschnationale Fraktion darauf verzichtet, sich weiterhin an den Beratungen zu beteiligen, weil die herrschende Verwirrung keine klare und sachliche Behandlung der Probleme zulasse.

Abg. Räder (Komm.) behauptet, von den Forderungen der Sozialdemokraten sei überhaupt nichts mehr übrig geblieben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er bezeichnet die Rede Hued's als eine Frechheit.

Abg. Dr. Brauns-König (Z.): Wie mein Parteifreund Esser bereits erklärte, spricht sich meine Fraktion gegen die Anträge der Deutschen Volkspartei aus, die auf eine soziale nicht vertretbare Herabminderung der Unterstufungen abzielen.

Die Rede des Herrn Abg. Hued zeigte einen ungeheuren Mangel an sozialem Verständnis. Sie ist eine echte Scharfmaßerrede gewesen.

(Braun) Händeklatschen bei den Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum.)

Vor einem Winter, der vielleicht noch schlimmer in seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden kann als der vergangene, ist die Einstellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei unverständlich. Der Ton und die Art, wie sich die Deutsche Volkspartei und Herr Abg. Hued zu den außerordentlich wichtigen Problemen stellen, ist tief bedauerlich und trägt bei zur Vertiefung der sozialen Kluft im deutschen Volke, widerspricht also auch den nationalen Interessen. Am deutlichsten hat uns das Echo von ganz links gezeigt. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.)

Wenn die Deutsche Volkspartei diese schwere Frage und die Möglichkeiten zu ihrer Lösung wie bisher nicht zu Ende denkt, so ist es vielleicht besser, die Entscheidung des Volkes anzurufen. (Abklatsch, Beifall der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.)

Nachdem noch Abg. Söhrt (Natzoy) erklärt hatte, daß seine Freunde die Anträge der Rumpkoalition ablehnen würden, war die Aussprache geschlossen.

Die Abstimmung.

Vor der Abstimmung erklärt

Abg. Graf Westarp (Dnat.), daß seine Freunde sich die Entscheidung über die Gesamtvorlage bis zur dritten Lesung vorbehalten würden.

Der von den Kommunisten beantragte Meldezwang für freiberufende Stellen wird in namentlicher Abstimmung mit 379 gegen 48 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Zuf Antrag der Regierungsparteien mit Ausnahme der Dtsch. Volkspartei wird die vom Reichstag gefällte Bestimmung wieder hergestellt, daß der Reichsarbeitsminister den Meldezwang für bestimmte Stellen anordnen kann.

§ 89a, der die Definition der Arbeitslosigkeit enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 367 gegen 48 kommunistische Stimmen bei 10 Enthaltungen der Nationalsozialisten angenommen.

Der Kompromiß-Antrag der Rumpkoalition, der den jetzt in der bestrittenen Vorlage enthaltenen im Ausschuß angenommenen Antrag Lemmer über die Anwartschaftszeit in die Hauptvorlage einfügt, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der völksparteiliche Antrag über die gestaffelte Leistungsminde rung, gegen den sich Abg. Esser ausgesprochen hatte, wird gegen die Volkspartei, die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei abgelehnt.

Der Teil des Kompromiß-Antrages, der aus der bestrittenen Vorlage die Sonderregelung für die Saisonarbeiter in die Hauptvorlage übernehmen will, wird abgelehnt.

Dagegen stimmt auch das Zentrum. Das Zentrum hat zwar den Kompromißantrag unterzeichnet, hatte aber zur Bedingung gemacht, daß die Volkspartei auf eigene Änderungsanträge verzichte.

§ 107 b, der in bestimmten Fällen die nach der Lohnklasse höhere Unterstützung auf den Satz am Unterstufungsgrad herabsetzt, wird mit 218 gegen 203 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Der Teil des Kompromiß-Antrages, der sich auf die Anrechnung der Wartegebelter, Renten usw. bezieht, wird angenommen. Danach wird in diesen Punkten die Regierungsvorlage wieder hergestellt mit der Aenderung, daß von den Sozial- und Zusatzrenten nicht zwanzig, sondern dreißig Mark im Monat anrechnungsfrei bleiben.

Nach dem Kompromißantrag wird ferner die Wartezeitbestimmung dahin geändert, daß die Wartezeitverlängerung beschränkt wird auf solche Arbeitslosen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Zur namentlichen Abstimmung kommt dann die Sonderregelung für die Saisonarbeiter (Säbe der Krisenfürsorge), die nach Ueberrahme des Antrags Lemmer auf die Hauptvorlage der einzige Rest der bis zum 31. März 1931 bestrittenen zweiten Vorlage geblieben ist.

Die Sonderregelung wird mit 229 gegen 115 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vizepräsident Esser schlägt vor, die dritte Beratung der Arbeitslosenversicherung am Donnerstag, 10 Uhr früh, zu beginnen.

Abg. v. Wendthausen (Christlichnat. Bauernp.) beantragt die Beratung eines Mißtrauensantrages gegen den Reichsinnenminister Seeritz wegen der Verhaftung von Landvolkführern im Zusammenhang mit den Bombenattentaten.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) beantragt die Abhaltung einer Sitzung am Mittwoch, in der der Young-Plan zur Beratung kommen soll.

Die kommende Finanzreform.

Die Pläne des Reichsfinanzministeriums.

Im Reichsfinanzministerium wird seit langer Zeit an einer umfassenden Finanzreform gearbeitet. Ueber den Stand dieser Arbeiten erzählt der „Sozialdemokratische Pressedienst“, daß es sich um einen sehr weitgehenden Umbau des ganzen Finanzsystems handelt. Vor allem scheint man an eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer zu denken, und zwar sowohl nach unten (Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums) wie auch nach oben hin (Auseinanderziehung der Stufen, Ermäßigung der höchsten Säbe). Die Kapitalertragssteuer soll für festverzinsliche Emissionen, nicht aber für Aktien befreit werden. Die Industriebelastung will man in Clappen verschwinden lassen. Dafür soll die Vermögenssteuer erhöht werden. Um der Landwirtschaft gerecht zu werden, rechnet man mit der Aufhebung der Rentenabgabe und der Landsteuer. Die geplante Senkung der Besitztsteuer wird auch auf die Realsteuern übergreifen. Als Entschädigung dafür soll den Kommunen zwar nicht das Recht auf Erhebung von Zuschlägen zu den Einkommensteuern gegeben werden, wohl aber entsprechende Einnahmen aus der Erhebung von Verwaltungsgebühren einfließen. Es handelt sich hier um eine Art Kopfsteuer, die freilich immer in sozialer Beziehung sehr bedenklich ist. Als Ausgleich für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird an Mehreinnahmen aus den Genussmittelsteuern gedacht. Hier läßt sich nicht nur die Erhöhung der Biersteuer in Frage, sondern auch die Errichtung eines Tabakmonopols.

Bei diesen Plänen handelt es sich bisher lediglich um Erwägungen innerhalb des Reichsfinanzministeriums. Sie befinden sich noch so weit im Vorstadium, daß sie bisher sich weder zu Vorlagen verdichtet haben, noch dem Reichskabinett

unterbreitet worden sind. Eine Stellungnahme zu ihnen kann deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht erfolgen.

Die Nachrichten sind aber auch insofern völlig unzulänglich, als sie jeden Hinweis darauf vermissen lassen, daß die Steuerermäßigung nur möglich ist, wenn zuvor zwei andere Fragen erledigt sind. Das ist einerseits die Sanierung des Reichsetats für 1928 und 1929, die mehrere 100 Millionen erfordert, und andererseits die Sanierung der Kassenlage des Reiches, die durch den Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt nach wie vor äußerst kritisch ist. Jede Steuerermäßigung muß auf diesen Zusammenhang Rücksicht nehmen.

Ueber die Steuerpläne selbst, die im wesentlichen richtig wiedergegeben werden, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick nur sagen, daß sie sowohl eine Steuerermäßigung wie eine Steuererhöhung umfassen. Die Steuerermäßigung soll insbesondere bei der Einkommensteuer und den Realsteuern eintreten. Die Steuererhöhung ist geplant für das Bier, dessen steuerliche Mehrbelastung die Reichsregierung bereits im Frühjahr 1929 vorgeschlagen hat. Ob die Reichsregierung den Vorschlag auf Einführung von Verwaltungsgebühren machen wird, steht noch dahin. Gegen diesen Vorschlag, der eine kopfsteuerartige Belastung aller erwachsenen Menschen bedeutet, sprechen sehr gewichtige soziale und wirtschaftliche Erwägungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, da es sich hier bisher um ernste Erwägungen handelt, noch keine Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen Plänen gehabt. Sie läßt sich nach wie vor von der Anschauung leiten, daß eine Steuerentlastung erst möglich ist, wenn die Reichsfinanzen völlig saniert sind und wenn diese Steuerentlastung keine Krise der sozialen Aufgaben und Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden zur Folge hat.

Eine seltsame Bank.

Schluß der Vernehmung Dietrichs.

In der Nachmittagsitzung des Untersuchungsausschusses wurde die Vernehmung des Generaldirektors der Raiffeisenbank und ehemaligen Vizepräsidenten des Reichstags, des Geheimrats Dietrich, beendet. Das Bild ändert sich nicht: Herr Dietrich weiß von nichts, er hat von nichts Kenntnis gehabt. Er kennt nicht einmal den Bericht, den die Untersuchungskommission seiner eigenen Bank im Jahre 1927 über die verhängnisvolle Zeit seiner Direktorialtätigkeit erstattet hat. Aber wen wundert das, der soeben gehört hat, daß das Direktorium dieser seltsamen Bank, die über einige hundert Millionen Staatskredite seitens der Preußenkasse disponierte, nicht einmal regelmäßige Direktorialitzungen abgehalten hat, sondern sich mit „gelegentlichen Besprechungen“ begnügte! Geheimrat Dietrich sagte eben seine Stellung als eine rein repräsentative auf. Er geruhte nur, sich mit den Dingen zu befassen, die an ihn jeweils „herangebracht“ wurden. Und wenn die anderen eben nichts an ihn herantrugen, so war es nicht seine Schuld, wenn das Bankvermögen verkleinert wurde, ohne daß der Generaldirektor auch nur das geringste davon wußte und merkte.

In der Nachmittagsitzung soll Herr Dietrich über einige besonders skandalöse Verlustkonten Aufklärung geben. Vergeblich! Der „Großunternehmer“ Riebe, von Hause aus Buchhändler, auch „der kleine Stinnes“ geheißen, hat von Januar bis Mai 1924 sein Kreditkonto bei der Raiffeisenbank von einigen Hunderttausend auf 8,14 Millionen Mark gesteigert. Herr Dietrich staunt: So viel? — Ja, es ist sogar noch mehr. Frage: Konnte denn tatsächlich dieser Betrag, der 40 Proz. des Aktienkapitals ausmacht, ohne Wissen des Generaldirektors festgelegt und gefährdet werden? — Er konnte es.

Konto Thias: Eine G. m. b. H. mit 20 000 (zwanzigtausend!) Mark Geschäftskapital hat über eine Million Kredit erhalten. Der Hauptinhaber Wilhelm Thias deutete mit gefälschten Wechseln auf die russische Handelsvertretung in London und stoh dann ins Ausland, wo er später Selbstmord beging. Thias und

der Prokurist Tannen waren Duzfreunde, Tannen war Aufsichtsratsvorsitzender bei Thias. Syndikus Dr. Lange, Leiter der Kreditabteilung bei Raiffeisen, schob zusammen mit Thias dunkle Privatgeschäfte. Der Generaldirektor Dietrich hat auch von diesen Dingen nichts geahnt.

Die „Interbank“ war eine Inflationsblüte, nach der Goldumstellung hatte sie 50 000 M. Goldkapital. Die Raiffeisenbank verlor an sie rund eine halbe Million. Als das Geld wertlos wurde, erhielt der Inhaber der Interbank Hurwig noch einen letzten ungedeckten Kredit von 15 000 M., um in Wiesbaden zwecks Eingehung einer reichen Heirat standesgemäß auftreten zu können! Er sollte die Raiffeisenbank (sozusagen aus dem Schloß) massell herausheiraten. Hurwig trat in Wiesbaden zwar standesgemäß auf, heiratete aber nicht. Als die Bank mahnte, drehte er den Spieß um und drohte, die Raiffeisenbank schadenersatzpflichtig zu machen, wenn sie durch Exekutionen seine günstigen Heiratsaussichten störte! — Zeuge Dietrich (saffungslos): „Das ist doch wohl ein Scherz?“ — Nein, es steht so im Bericht der eigenen Prüfungskommission. Nur der Generaldirektor weiß nichts davon.

Es geht weiter im Verhör. Die frisierte Goldmark-Eröffnungsbilanz wird besprochen, in die man 25 Millionen Mark Aktienkapital herein schrieb, obwohl für 7,8 Millionen Mark Aktien nicht untergebracht waren, das Aktienkapital also nicht einmal 18 Millionen betrug. — „Das hat Schwarz (der Wittdirektor) in einem Vortrag auseinandergesetzt, und dann wurde es so gemacht.“

Vor sozialer Hilflosigkeit kapituliert schließlich der Ausschuß. Einmütig beschließt er, es des grausamen Spiels genug sein zu lassen und das Verhör für heute zu beenden. Am Mittwoch sollen die Wittdirektoren Schwarz und Seelmann-Eggebert vernommen, am Donnerstag soll das gesamte Direktorium der gemeinschaftlichen Fragestellung durch die Ausschußmitglieder unterzogen werden.

Dieser und alle übrigen Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten Esser. Ohne Debatte wird ein Antrag v. Lindetner (Dnat.) angenommen, die Winstkredite zu prolongieren. Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Das Kommando der Unternehmer.

Sie fühlen sich!

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat angesichts der durch die Behandlung im Reichstag zu erwartenden Verzögerung folgendes Telegramm an die in Frage kommenden Regierungsstellen gerichtet:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Deutschen Industrie erheben unter voller Anrechterhaltung ihres bisherigen Standpunktes den schärfsten Widerspruch gegen die durch Pressenachrichten bekanntgewordene Absicht der Vertagung wichtiger Punkte der Arbeitslosenversicherungsreform. Die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die finanzielle Situation der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rechtfertigen in keiner Weise eine derartige Regelung, vielmehr sind sofort Maßnahmen erforderlich, die eine endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung gewährleisten.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß, eine Besichtigungsreise durch West- und Süddeutschland in der Zeit vom 10. bis 17. Oktober vorzunehmen. Die Reise ist so eingerichtet, daß möglichst alle Typen von Neubauwohnungen blickt werden können.

General Dames, der amerikanische Botschafter in Großbritannien, ist zum Ehrenbürger der kleinen Ortschaft Sudbury in Suffolk ernannt worden. Das Ehrenbürgerrecht von Sudbury wurde General Dames zum Andenken an seinen Vorfahren William Dames verliehen, der im Jahre 1635 von Sudbury nach Amerika ausgewandert.

Einigung London—Moskau.

Volle diplomatische Beziehungen werden wieder aufgenommen.

London, 1. Oktober.

Die heutige Zusammenkunft zwischen Henderson und Dowgalewski, auf der eine Vereinbarung über das Verfahren erzielt wurde, „daß bei der Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen einschließlich des Austausches von Botschaftern zur Regelung der zwischen beiden Regierungen schwebenden Fragen befolgt werden soll“, sowie eine Vereinbarung über die Frage der Propaganda, fand bei Dewes, sieben Meilen von Brighton, dem Tagungsort der diesjährigen Konferenz der Arbeiterpartei, statt.

Bei der Zusammenkunft waren nur der Leiter der Nord-Abteilung des Foreign Office Seymour, ferner Mr. Cove vom Foreign Office, und Hendersons Privatsekretär Selby zugegen. Die erörterten Fragen betrafen, wie Henderson mitteilte, 1. die Feststellung der Haltung beider Regierungen gegenüber den Verträgen vom Jahre 1924; den Handelsvertrag und die damit zusammenhängenden Fragen; 2. Regierungsforderungen und private Forderungen und Gegenforderungen, sowie Finanzfragen; 3. mit diesen Forderungen und Gegenforderungen verknüpft sind; 4. Fischerei; und 5. die Anwendung früherer Verträge und Konventionen.

Das Schriftstück, das den beiden Regierungen unterbreitet werden soll und jetzt vorbereitet wird, wird von Henderson für die britische Regierung und von Dowgalewski für die Sowjetregierung unterzeichnet werden.

Sitter wird frech. Er hofft auf ein neues 1923.

München, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten entwickeln augenblicklich in Bayern einen heftigen und Berleumdungsfeldzug gegen alle Andersgesinnten, der nur in dem wahnwichtigen Aufpuß von 1923 sein Gegenstück hat. Ausgestattet mit erheblichen Geldmitteln, durchkreuzen die Hitleragitatoren das ganze Land und inszenieren unter auffälliger Duldung der Staatsorgane systematisch Versammlungssprengungen und Kaufereien, bei denen es stets Dutzende von Verletzten gibt.

Die letzte schwere Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Andersgesinnten ereignete sich am Montagabend in Schney bei Sichtenfels (Oberfranken), wo während der Debatte in einer Versammlung, an der sich auch Sozialdemokraten beteiligten, die Hitlerianer plötzlich mit Stuhlbeinen und Schlaginstrumenten aller Art über die Gegner herfielen. Es gab insgesamt 29 zum Teil Schwerverletzte, darunter nach den Feststellungen der anwesenden Gendarmerie nicht weniger als 26 Sozialdemokraten. Die Saaleinrichtung wurde vollständig zerstört. Bis das von Bamberg herbeigerufene Landpolizeikommando erschien, waren die Hitlerbanditen selbstverständlich längst über alle Berge.

In der Mittwochsausgabe des „Völkischen Beobachter“ leistete sich Hitler das bisherige Höchstmaß seiner politischen Berührung.

In seinen Ueberschriften nennt er kurzzerhand alle jene Landesverräter, die sich nicht in die Liste des Volksbegehrens einzeichnen.

Diese Häufung durfte er sich bisher nur den Ministern des Reiches und Preußens gegenüber erlauben. Nachdem er nun aber auch die bayerischen Staatsminister in seine Besudelung einbezieht, darf man gespannt sein, wie die weißblaue Ordnungsbildung mit ihrer abgestempelten Staatsautorität darauf reagieren wird.

Der Schimpfbold darf nicht reden.

Redeverbot gegen anhaltischen Abgeordneten in Baden.

Karlsruhe, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Der badische Minister des Innern hat gegen den anhaltischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten, Hauptmann a. D. Voepel, für das Land Baden ein Redeverbot erlassen, weil Voepel in einer gemeinsamen, von Stahlhelmern, Nationalsozialisten und Deutschnationalen veranstalteten Versammlung Mitglieder der Reichsregierung in der wüsten Weise beschimpft hatte. Voepel sprach von den Ministern Stresemann und Hilferding als von Gaunern, insamen Zuhältern des internationalen Finanzkapitals und von Banditen! Stresemann und Reichsminister Müller wurden sogar als Oberammergauener und Hilferding stieg nur als götzlicher Jude bezeichnet. Die Sprache dieser Kupparlamentarier unterscheidet sich in keiner Weise mehr von der ihrer kommunistischen Konkurrenten.

„Landvolk“ vor Gericht.

Anklage wegen der Rundgebung in Neumünster.

Neumünster, 1. Oktober.

Die Staatsanwaltschaft beim hiesigen Schöffengericht hat nunmehr die Anklage wegen der Vorgänge bei der Landvolk-Rundgebung am 1. August in Neumünster erhoben. Es werden sich der Diplomat Ludwig Rüdiger, die Hofbesitzer Koh, Bäcker, Thies, der Dentist Bestmann, der Handlungsgehilfe Jens und der Landwirt Hell wegen Landfriedensbruchs, Aufruhrs, Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen usw. zu verantworten haben. Am 1. August erfolgten, wie erinnertlich, die Zusammenkünfte zwischen Landvolk und Polizei, die den Boykott der Stadt Neumünster von seiten der Landbevölkerung zur Folge hatten.

Maginot nicht mehr gegen Räumung.

Keine Hehrede — trotz Hugenberg.

Paris, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse veröffentlicht am Dienstag in tendenziöser Aufmachung lange Berichte über die „patriotische Empörung“, die die Rede Maginots in der Hugenbergpresse entfacht hat und führt dies als einen neuen Beweis des mangelnden Annäherungswillens jenseits des Rheins an. Von Paris aus betrachtet, wo man die Rolle Maginots in der französischen Innenpolitik und im Zusammenhang damit die tatsächliche Bedeutung seiner Ausführungen einzuschätzen weiß, ist an diesem Beispiel besonders klar ersichtlich, wie sich haben und drüben die Rechtspresse in die Hand arbeitet, um aus einem wichtigen Anlaß eine politische Affäre und eine Erlübung des deutsch-französischen Verhältnisses zu schaffen. Tatsache ist, daß Maginot in seiner Rede, was die außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich betrifft, weder im Sinne oder im Wortlaut gefogt hat, was nicht längst bekannt wäre. Daß Maginot die Außenpolitik Brionds stets bekämpft hat, ist in Frankreich ebenso bekannt, wie etwa die Opposition Hugenberg gegen den Young-Plan. Neu an dieser Haltung ist höchstens, daß

Maginot nicht, wie man in hiesigen Rechtskreisen erwartet hat, nach Bekanntgabe der Haager Beschlüsse demissioniert oder die Ratifikation verweigert

hat. Was die famolen „Entwicklungen“ Maginots über die französischen Vorbehalte zur Räumungsfrage betreffen, so geht aus dem Wortlaut seiner Rede unabweislich hervor, daß diese Vorbehalte sich lediglich auf zwei Punkte beschränken, die sich vollkommen mit den Interpretationen der Haager Beschlüsse decken. Erstens, daß die Ratifikation des Young-Planes durch das deutsche und das französische Parlament zeitlich der Räumung der dritten Zone vorauszugehen muß, und zweitens, daß die „Ingangsetzung“ des Young-Planes zu den Vorbehalten der Räumung gehört. Da aber logischerweise der Young-Plan in dem Augenblick zu funktionieren begonnen hat, da Deutschland Zahlungen nach dem Young-Schlüssel vornimmt, verliert auch dieser zweite Vorbehalt jede einschränkende Bedeutung. Nach alledem wird klar, daß die Rede Maginots außenpolitisch auch nicht ein Wort enthält, was dem Entschlößungsturm der Hugenbergpresse eine rechte Grundlage bietet. Die Bedeutung der Rede liegt vor allem, wie wir anfangs betonten, auf rein innenpolitischem Gebiet, indem sie die Gegensätze deutlich werden läßt, die im französischen Kabinett bestehen.

Zu Ehren Ventzlos, des griechischen Ministerpräsidenten, gab der Reichstangler ein Essen.

Deinliche Verwechslung.



„Nanu, Ihr habt ja ganz verkehrte Plakate!“

„Watten? Det sind doch genau dieselbichten, mit die wir schon vor drei Jahren protestiert haben, als des Schandjesek vom Reichstach angenommen wurde!“

Kritik an Labours Sozialpolitik.

Gewerkschafts- oder Ortsgruppenkontrolle der Mitglieder.

London, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Dienstagtagung der Konferenz der Arbeiterpartei wurde durch eine Rede des Ministers für Arbeitsbeschaffung Thomas eröffnet.

Thomas begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die Regierung mit Recht nach ihren Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beurteilt werden würde. Der Minister zeichnete hierauf in großen Zügen die bereits in Angriff genommenen und bewilligten Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und wandte sich dann dem mit großer Spannung erwarteten Bericht über seine Mission in Kanada zu. Aus seinen Ausführungen geht deutlich hervor, daß die optimistischen Hoffnungen, die man auf seine Reise nach Kanada hinsichtlich der Beschaffung von Aufträgen für die britische Industrie gesetzt hatte, sich nicht erfüllen werden, daß jedoch sowohl die britische Kohlen- und Stahlproduktion als auch die britische Baumwollindustrie voraussichtlich gewisse Vorteile aus Thomas Bemühungen über See ziehen werden. Auf Thomas Rede, die die Konferenz infolge des Mangels an konkreten Ergebnissen sichlich enttäuscht hatte, folgte eine bemerkenswerte zurückhaltende Rede des linken Führers Whetton. Er legte einen bedenklichen Punkt der gesamten von Thomas eingeleiteten Politik der Arbeitsbeschaffung bloß, indem er seine Bemühungen als ökonomischen Nationalismus schilderte und unter Hinweis auf Thomas Veruche, den kanadischen Handel von Amerika auf Großbritannien überzuleiten, bemerkte, daß Thomas dabei sei, im Augenblick, wo sich MacDonald in einer politischen Friedensmission nach Amerika begeben, einen ökonomischen Krieg mit Amerika vorzubereiten.

Die Konferenz nahm hierauf die am Montag unterbrochene Debatte über den Bericht der Exekutive hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung wieder auf, wobei die Mißstimmung über die Verwaltungspraxis der Sozialversicherung neuerdings zum Ausdruck kam. Es wurde immer deutlicher, daß ein Teil des Kongresses, der sonst keineswegs mit dem linken Flügel sympathisierte, eine Kritik der Linken an der Tätigkeit des Arbeitsministers Frau Margaret Bondfield teilte. Nachdem George Lansbury den Kongress darauf aufmerksam gemacht hatte, daß eine Verwerfung dieses Teils dieses Berichts einem Mißtrauensvotum gegen die Exekutive und damit gegen

die Regierung gleichkomme, erzielte die Exekutive in der Abstimmung eine kleine Mehrheit. Für die Exekutive wurden 1100 000, gegen die Exekutive 1027 000 Stimmen abgegeben.

Die Nachmittagsitzung wurde mit einer Rede Tillets eingeleitet, der als der Vertreter der Gewerkschaftsbewegung den Kongress offiziell begrüßte. Aus seinen Ausführungen ging die deutliche Mahnung an die Regierung hervor, das Antilohnengesetz der konservativen Regierung mit möglicher Beschleunigung aufzuheben. Dann begann der Kongress eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Beratung der neuen Parteiführungen der Arbeiterpartei. Entgegen allen Erwartungen gestaltete sich die Aussprache zu einer überaus bewegten, wenn auch in freundschaftlichem Ton gehaltenen grundsätzlichen Debatte, die mit einem Rückzug der Exekutive abschloß. Es handelte sich um folgendes: Die Exekutive hat in ihrem Satzungsentwurf die Neubeschaffung einer neuen Mitgliederkategorie gefordert. Neben der Kollektivmitgliedschaft in Gewerkschaften und sozialistischen Gesellschaften und der Einzelmitgliedschaft bei den Ortsgruppen der Arbeiterpartei sollte eine neue Parteimitgliedschaft geschaffen werden, die es ermöglichen würde, der Partei unmittelbar anzugehören, ohne die Vermittlung der Gewerkschaften oder der Ortsgruppen. Nachdem die Exekutive in breiten Worten auf die finanziellen Vorteile dieser neuen Einrichtung hinwies, wandte sich Redner auf Redner gegen diese Institution, die geeignet sein würde, die Abenteurer in der Arbeiterpartei noch weiter zu vermehren, eine Art Aristokratie innerhalb der Labour Party zu schaffen, die es den neuen Parteimitgliedern ermöglichen würde, sich der Kontrolle und Verantwortung gegenüber den Ortsgruppen zu entziehen.

Da sich von Minute zu Minute deutlicher zeigte, daß die Konferenz die Gefahr dieser neuen Kategorie von Mitgliedern unvergleichlich höher einschätzte, als die möglichen Vorteile, entschloß sich die Exekutive, ihren Vorschlag zurückzuziehen und damit eine sichere Abstimmungsniederlage zu vermeiden. Die Debatte hat ein deutliches Licht auf die Meinung der Delegierten über die wachsende Durchsetzung der Partei mit Außenstehern geworfen, die sich alle Vorteile einer Mitgliedschaft in der in der Herrschaft befindlichen Partei zu sichern wünschen, ohne gleichzeitig auch die moralischen Pflichten auf sich nehmen zu wollen.

Neuer Kurs in Ungarn?

Sozialdemokratische Voraussetzungen.

Budapest, 1. Oktober.

„Eski Kurier“ will im Zusammenhang mit den gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen über seine Besprechungen mit den Führern der ungarischen sozialistischen Partei erfahren haben, daß die Regierung demüßigt zwei Mitglieder der sozialistischen Partei, die gegenwärtig in der Verbannung in Wien lebenden Ernst Szarasi und Emanuel Buchinger, begnadigen und ihnen die Rückkehr nach Budapest gestatten werde.

Ueber die bisherigen Besprechungen der sozialistischen Parteileitung mit dem Grafen Bethlen berichten die Blätter, daß die Sozialdemokraten ihre Forderungen bezüglich einer Demokratisierung der ungarischen Politik vorbrachten, der Ministerpräsident sich jedoch eine Antwort für später vorbehielt.

Der verlöschende Pilsudski.

Sozialisten kündigen den Entscheidungskampf an.

Warschau, 1. Oktober.

Der sozialistische „Robotnik“ bringt heute an leitender Stelle einen Aufsatz seines Chefredakteurs, des Abgeordneten Niedzial-

Renaissance-Theater.

„Stempelbrüder.“

Proletariatsagende der Arbeitslosigkeit. Unlegen des Stempels. Baschlauch als Glendenscher. Große Zufriedenheit des sehr eleganten Publikums, weil ihm diese häßliche Seite des Lebens nur zwei Stunden lang gezeigt wurde. Darum sehr erfreulicher Beifall für den Dichter Duschinsky, einen in Berlin beliebten jungen Schauspieler.

owski, in dem sich dieser grundsätzlich mit Marschall Pilsudski auseinandersetzt. Niedzialowski erklärt, der Pilsudski aus dem Jahre 1905, aus dem Weltkrieg und aus dem Jahre 1920 gehöre bereits der Geschichte an. Dener alte Pilsudski sei ein Mann des Sozialismus gewesen, heute sei Pilsudski der Mann der besitzenden Rechte, der Führer der verlöschenden Welt des alten Polens, des Polens der Landwirte und Industriellenverbände. Jenes Polen repräsentiere einen Teil der Geschichte der sozialistischen Partei Polens, dieses Polen aber sei der Sturmbock, der gegen Sozialismus und Demokratie anrenne, der das „Rach-Mai-Regierungssystem“ geschaffen habe und leite. Er stehe auf der anderen Seite der Barrisaden. Am Vortage der entscheidenden Kämpfe müsse diese Wahrheit klar und deutlich ausgesprochen werden.

Der Kreuzerjournalist.

Von Hearst für Flottenagitation bezahlt.

Washington, 1. Oktober.

Bei der Vernehmung des Agenten Shearer vor dem Untersuchungsausschuß des Bundes senats stellte Senator Allen an Shearer die Frage, wer ihn bezahle, seit er nicht mehr für Schiffbau-Arbeiten tätig sei. Shearer antwortete: „Der Zeitungsverleger William Randolph Hearst zahlte mir zweitausend Dollar monatlich für die Arbeit, die ich im Interesse des neuen Kreuzerprogramms und zur Aufwiegelung der öffentlichen Meinung gegen den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof leistete.“ Shearer fügte hinzu, Hearst habe ihm noch kurz vor Beginn der Enquete des Bundes senats seinen Dant ausgesprochen.

Wieder ein Mord in Jerusalem. Die Erregung in Palästina hat sich noch immer nicht gelöst. So ist in Jerusalem wieder ein Jude in seinem Hause ermordet worden. Da auch in der weiteren Umgebung Zwischenfälle befürchtet werden können, bereitet der britische Oberkommissar einen Erlaß vor, demzufolge bei Einzelmorden und Uebertreten die Nachbarschaft bestraft werden kann.

Zerlegen und zertrümmern.

Das kommunistische Gewerkschaftsprogramm.

Die Ankündigung in der vertraulichen Funktionärversammlung der KPD für Berlin, Brandenburg und der Lausitz, daß in einer Reihe von Organisationen demnächst die Spaltung vollzogen werden soll, wird verwirklicht. Zunächst sind die Tabakarbeiter an der Reihe.

In der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes mußte im Frühjahr die kommunistische Ortsverwaltung wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern abgesetzt werden. Nachdem die Ortsverwaltung mehrere Monate kommissarisch verwaltet worden ist, wurde am 24. September von der Erweiterten Ortsverwaltung und am 27. September von der Funktioniärkonferenz der Genosse Redes zum Bevollmächtigten der Berliner Ortsverwaltung gewählt. Genosse Redes war 27 Jahre lang Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ist seit 1915 in der Zigarettenindustrie als Maschinenführer tätig, war einige Jahre Betriebsratsvorsitzender bei Manoli, hat als Mitglied der Branchenkommission der Maschinenführer an sämtlichen Tarifverhandlungen für die Zigarettenindustrie teilgenommen und eine Reihe anderer wichtiger Posten bekleidet. Das hindert die KPD nicht, ihn als „Sozialfaschisten“ zu beschimpfen, obwohl sie ihn gar nicht kennt, ja, nicht einmal seinen Namen.

Die ganze Hege ist nur der Vorwand für die angekündigte Spaltung. Die abgesetzte Ortsverwaltung beruft zum 4. Oktober eine „Mitgliederversammlung“ ein. Es ist ganz überflüssig, die Schwindelereien zu widerlegen, die als Vorwand für die Spaltung in die Welt gesetzt werden. Die KPD hat den Befehl von Rostow erhalten, die Spaltung der deutschen Gewerkschaften durchzuführen. Diesen Befehl führt sie aus. Es bleibt abzuwarten, ob auch die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes diesem Befehl nachkommen und durch die Spaltung ihrer Organisation sich den Unternehmern ausliefern werden.

Durch den Versuch der Bolschewisten, die Gewerkschaften zu spalten, so wie der Abgeordnete Rasper vor den Funktionären sagte, zu zerlegen und dann zu zertrümmern, steht die deutsche Arbeiterschaft vor einer schweren Kernprobe. Zur Ausführung des Rostower Befehls fehlt es der kommunistischen Partei weder an Geld noch an Gemeinlosigkeit. Es wird alles daran gesetzt werden, um die russischen Goldgeber zu befriedigen.

Nach 1 1/2 Jahren endlich Tarifvertrag.

Grundständige Tariffriedenschaft im Großhandel.

Daß es die Unternehmer manchmal fertig bekommen, eine Lohnbewegung um ein halbes Jahr zu verschleppen, ist an sich nichts Neues mehr; daß sie sich aber fast 1 1/2 Jahre um die Anerkennung eines Schiedsrichters drücken, ist eine nicht so leicht zu überbietende Rekordleistung. Die Berliner Leder- und Schuhwarengroßhändler haben diesen Rekord aufgestellt. Am 31. Mai 1928 war der mit dem Verkehrsband abgeschlossene Tarif für die Handelsarbeiter dieser Branche abgelaufen. Alle Verhandlungen zwecks Neuabschlusses des Vertrages scheiterten an der Haltung der Unternehmer. Im Juli 1928 wurde schließlich ein Schiedsgericht gebildet, den die Unternehmer ablehnten und der auch nicht vom Schlichter für verbindlich erklärt wurde.

Ein von der gut organisierten Arbeiterschaft dieser Branche im Sommer v. J. ausgenommener Tarifstreik wurde auf Grund von Zugeständnissen abgedrückt, die aber nachher nicht eingehalten wurden. Nach einer ergebnislosen Schlichtungsverhandlung im Oktober 1928 fiel der Schlichtungsausschuß endlich im Mai dieses Jahres nochmals den gleichen Schiedsrichter, den er bereits elf Monate vorher verkündet hatte. Die Unternehmer lehnten ihn wieder ab. Die Organisation stellte wieder den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung. Bei diesen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer schließlich bereit, sich dem Spruch eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. Heuser vom Reichsarbeitsministerium tagen sollte. Dieses Schiedsgericht trat am 27. September zusammen und verkündete den gleichen Schiedsrichter ab 1. Oktober als für beide Parteien bindend, den die Unternehmer bereits zweimal abgelehnt hatten. Wenn auch die nunmehr in Kraft getretenen Lohnsätze von 43 M. für die Gruppe Leder und Schuhe, 40 M. für die Gruppe Felle und Hüte und 50 M. für die Gruppe Bodenleder sehr unzureichend sind, so ist es dennoch ein nicht geringerer Erfolg der Organisation, die Tariffriedenschaft dieser Unternehmergruppe erfolgreich bekämpft zu haben.

Einen noch durchschlagenderen Erfolg hat der Verkehrsband gegenüber den Berliner Holzhändlern erzielt, die sich noch nie einer tariflichen Bindung unterworfen haben. Vor einigen Monaten versuchte der Verkehrsband, diese Unternehmer zur Anerkennung des Tarifvertrages für den Lebensmittelgroßhandel zu bewegen. Sie gaben aber ihren Herrn-im-Haus-Standpunkt nicht auf. Sie lehnten auch einen am 2. Juli gefällten Schiedsrichter ab, der die Arbeitsbedingungen keineswegs besser festsetzte, als sie in ähnlichen Gewerken schon seit geraumer Zeit besitzen. Jetzt hat der Schlichter von Groß-Berlin diesen Schiedsrichter für verbindlich erklärt und diese Maßnahme ausdrücklich mit der grundsätzlichen Tariffriedenschaft der Unternehmer begründet.

25 Jahre Verbandsangestellte.

Im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

Es sind jetzt 25 Jahre verflossen, seitdem die ersten Agitationsangestellten im ehemaligen Verband der Brauereiarbeiter ihre Tätigkeit begannen. Die Frage, ob die Agitation wie bislang nur ehrenamtlich betrieben werden sollte oder Kräfte dafür freigestellt werden sollten, wurde im Jahre 1904 auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. entschieden. Entgegen den finanziellen und sonstigen Bedenken beschloß der Verbandstag die Anstellung von sechs Gauleitern. Wie in anderen Organisationen, die mit der Anstellung von Agitationsbeamten schon vorausgegangen waren, wirkte diese auch im Brauereiarbeiterverband recht günstig aus. Die Organisation nahm einen viel schnelleren Aufstieg als vordem, und damit war es auch möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Getränkearbeiter weit nachhaltiger zu verbessern.

Von den damals angestellten Gauleitern sind jetzt noch tätig: Gauleiter Frank, Düsseldorf, D. Schrambs, Regensburg und in Berlin E. Bakeri; seit Ende 1904 Verbandsvorsitzender wie auch Vorsitzender des jetzigen Verbandes der Nahrungsmittel-

Die deutschen Unternehmer, die sich die Zerlegung der Gewerkschaften schon eine Stange Geld haben kosten lassen, brauchen diesmal nicht in den eigenen Geldbeutel zu greifen. Sowjetrußland hat zwar nicht genügend Geld, um seine Arbeitslosen ausreichend zu unterstützen, aber zur Bekämpfung der Gewerkschaften ist noch immer genügend Geld da.

Die Subjekte, die für die Rostauer Silberlinge den deutschen Unternehmern Handlangerdienste leisten, sind auch danach. Aber wieviel ehrliche Arbeiter werden bereit sein, Selbstmord als Klasse zu begehen? Bei den Rohrlegern, wo die Situation den Bolschewisten besonders günstig war, ist noch ein schwaches Drittel mit Niederkämpfern, dem Angestellten der russischen Handelsgesellschaft, gegangen und führt jetzt einen hoffnungslosen Kampf gegen den Metallarbeiterverband. Bei den Drechern war es schon nur noch ein kleines Grüppchen. Daher auch die Wut der Drahtzieher der KPD gegen die Dreher und die Drohung, daß rücksichtslos durchgegriffen würde.

Nachdem man bei den Tabakarbeitern einen Judas nicht gefunden hat, greift die KPD auf die dunklen Ehrenmänner der abgesetzten Ortsverwaltung zurück, die sie zunächst selbst abgeschüttelt hatte. Leute, die die Beiträge der Mitglieder verschleudern, sind gerade die richtigen, um die Arbeiter den Unternehmern auszuliefern.

In den anderen Industrien und Verbänden geht die Zerlegungsarbeit weiter. Jede passende und unpassende Gelegenheit wird ausgenutzt, um die Mitglieder gegen die Organisation zu verkehren. Leider durchschauen oft viele Gewerkschaftsmitglieder nicht das Spiel, das mit ihnen getrieben wird, und geben bei irgendeiner Zahl einen „oppositionellen“ Stimmzettel ab, ohne zu ahnen, daß sie damit den verbrecherischen Spaltern einen Blankowechsel zur Spaltung ausshändigen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat einen beipielllos schmerzhaften Kampf gegen das Unternehmertum zu führen, das heute in Europa wohl die konzentrierteste Unternehmergruppe darstellt. Die mühsam erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften müssen immer wieder gegen den Ansturm der Unternehmer verteidigt werden. Unter diesen Umständen eine Spaltung der Arbeiterorganisationen versuchen, ist ein Verbrechen, für das es keine Entschuldigung und keine Befehigung gibt. Wir wollen hoffen, daß nunmehr allen klassenbewußten Arbeitern die Augen aufgehen und endlich wiederhergestellt wird, was für die Kommunisten nur Köder war: die Einheitsfront der Arbeiterklasse.

und Getränkearbeiter. Der Verbandstag 1904 hatte auch für die größeren Jobstellen Mittel zur Anstellung von Angestellten bereitgestellt. Die Jobstelle Berlin machte hieron im gleichen Jahre Gebrauch und stellte den noch jetzt amtierenden Kollegen S. S. H. o. d. a. p. zum 1. Oktober frei, so daß die genannten Genossen heute ihr 25jähriges Dienstjubiläum feiern können.

Wir wünschen den Jubilaren noch viele Jahre gleicher erfolgreicher Tätigkeit für die Interessen der Arbeiter wie bisher.

Bankenfusion und Angestelltenabbau.

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

Wie uns vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten mitgeteilt wird, ist er Ende voriger Woche wegen des drohenden Abbaus der Bankangestellten bei der Fusion der Deutschen Bank und der Discount-Gesellschaft vorstellig geworden. Wie wir erfahren, beabsichtigt nunmehr das Reichsarbeitsministerium, Ende dieser oder Anfang nächster Woche die beteiligten Angestelltenverbände zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden.

Einzelhändler gegen Kaufkraftsteigerung.

Konflikt mit den Handelsarbeitern.

Auf Beschluß der Funktionäre der Handelsarbeiter des Berliner Einzelhandels hatte der Verkehrsband das Lohnabkommen für diese Branche zum 4. Oktober gekündigt und eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent gefordert. Außerdem wurde verlangt, daß der Zuschlag für die Kraftwagenführer, der bisher 8 Mark auf die Löhne der Handelsarbeiter betrug, heraufgesetzt wird. Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel machte sich die Lohnverhandlungen sehr bequem, indem er der Organisation schriftlich mitteilte, daß seine Lohnkommission die Forderungen einstimmig abgelehnt habe und es aus diesem Grunde wohl überflüssig sei, überhaupt erst Verhandlungen darüber aufzunehmen.

Mit dieser herausfordernden Stellungnahme der Unternehmer des Einzelhandels beschäftigte sich am Montag im Gewerkschaftshaus eine überfüllte Versammlung der Handelsarbeiter, die über das Verhalten der Unternehmer äußerst erregt war. Viele Redner vertraten die Auffassung, daß unverzüglich alle Vorbereitungen für die Aufnahme des Kampfes um die Durchsetzung der berechtigten Forderungen getroffen werden müßten. Die Versammlung stimmte aber schließlich mit großer Mehrheit einem Antrag zu, wonach erst noch der Schlichtungsausschuß angerufen und dann nach dem Vorliegen eines Verhandlungsergebnisses die weiteren Beschlüsse gefaßt werden sollen.

In dieser Versammlung wurde auch noch von dem Genossen Vollmeier Bericht erstattet über die Verhandlungen, die mit den Unternehmern über die Auslegung des Mantelstarifes geführt worden sind. Eine Einigung konnte über die streitigen Punkte nicht herbeigeführt werden. Es wurde lediglich vereinbart, daß in jedem einzelnen Streitfalle das Arbeitsgericht angerufen werden solle.

Kein Geld für Männeranzüge.

Entlassungen in der Breslauer Herrenkonfektion.

Breslau, 1. Oktober.
Der mangelnde Eingang ausreichender Aufträge hat die führenden Breslauer Herrenbekleidungsunternehmen gezwungen, teilweise mehr als ein Drittel ihrer Arbeiterschaft zu kündigen, nachdem schon in den letzten Wochen zahlreiche Entlassungen vorangegangen sind. Es sind dadurch mehrere hundert Zuschneider, Werkstathtarbeiter usw. brotlos geworden bzw. stehen vor ihrer Entlassung. Auch das kaufmännische Personal ist davon betroffen. Besonders in Mitleidschaft gezogen sind die zahlreichen Heimarbeiter, die nur noch in beschränktem Maße Beschäftigung finden können. Um die Stilllegung der Betriebe zu vermeiden, ist Kurzarbeit notwendig geworden mit 30stündiger Wochenarbeitszeit.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Die Kurse beginnen.

In der Woche vom 14. bis 19. Oktober beginnen die Lehrgänge der Gewerkschaftsschule. Wir veröffentlichen nachstehend einige wichtige Lehrgänge, deren Besuch für alle Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre notwendig ist:

C. 4. **Rechtswissenschaftliche Arbeitsgruppe für Kaufleute.** Lehrer: Dr. Otto Ehrlich und Dr. Arndt. Beginn: Dienstag, den 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Das inhaltliche Unterrichtsprogramm: Vertriebsformen, Unternehmensformen, Konzentration. - Die Organisation der Märkte: Arbeitsmarkt, Warenmarkt, Geld- und Kapitalmarkt. - Die Wirtschaft als Gesamtsystem: Rohstoffherkunft, Preis- und Lohnbildung, Kapitalbedarf und Kapitalbildung, Konsumstruktur. - Die Mittelwirtschaft: Wirtschaftsformen, Rechtsnormen, Finanz- und Handelspolitik, wirtschaftliche Bedeutung der Sozialpolitik, öffentliche Wirtschaft. - Volkswirtschaft und Wirtschaft: Probleme der Auslieferung, das Gefälle der Wirtschaft, internationale Wirtschaftsverhältnisse.

C. 5. **Rechtswissenschaftliche Arbeitsgruppe für Kaufleute.** Lehrer: Dr. Otto Ehrlich und Dr. Arndt. Beginn: Dienstag, den 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Das inhaltliche Unterrichtsprogramm: a) Personalverhältnisse (Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Stille Gesellschaft), b) Kapitalgesellschaften (Aktienrechtslehre, G. m. b. H., U. m. b. H., G. o. m. b. H.), c) Genossenschaften (Geschichte der Genossenschaften), Neue Formen: Raiffeisen, Genossenschaft, Trafn. Gew. Z.

C. 6. **Rechtswissenschaftliche Arbeitsgruppe II: Die Organisation des Betriebes.** Lehrer: Erik Arndt. Beginn: Dienstag, den 15. Oktober 1928, 19 Uhr. Die Rentabilität als Ziel und Motor des kapitalistischen Gewerbeunternehmens. - Die Funktionen des Unternehmens: Finanzierung, Einkauf, Erzeugung, Verkauf, Abschaffung. Der Arbeitsprozeß, sein Verlauf und seine Bedingungen. Der Arbeitsprozeß und seine Verrechnung, Rationalität. Der Mann eines Kunden, sein Fabrikationsauftrag. Die Abrechnung des Fabriktraktors. Der Sinn der Buchhaltung und Bilanz. Der Abschluß des Betriebsabrechnungsjahres.

C. 7. **Sozialpolitische Arbeitsgruppe für Kaufleute.** Lehrer: Otto Ehrlich und Dr. Arndt. Beginn: Mittwoch, den 16. Oktober 1928, 19 Uhr. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. - Die sozialen Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung. - Gewerkschaftliche Organisationsformen (Berufsgewerkschaften, Industrie- und Handwerksgewerkschaften). - Kampfmittel und Kampfmethoden der Gewerkschaften. - Gewerkschaftliche Organisationsformen, Gewerkschaftsrichtungen. - Wirtschaftliche Bewegung. - Unternehmensorganisationen (sozialistische, wirtschaftspolitische, öffentlichen-rechtliche). - Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftslehre.

C. 8. **Sozialpolitische Arbeitsgruppe für Kaufleute.** Lehrer: Otto Ehrlich und Dr. Arndt. Beginn: Mittwoch, den 16. Oktober 1928, 19 Uhr. Wirtschaft und Sozialpolitik. Die Sozialpolitik in Verhüllungen und Selbsterhellungen der deutschen Republik. - Der Kampf des Arbeiters. - Das Arbeitsrecht. - Die sozialen Versicherungen. - Arbeitsrecht und Sozialrecht. - Die Betriebsrat- und Betriebskassen als Träger der sozialen Sicherung. - Die internationale Organisation der Arbeit und ihre Einrichtungen auf die sozialpolitische Behandlung der Länder.

Die mit C. bezeichneten Kurse finden im Sophien-Platz, Weimelerstr. 16/17, die mit SO. bezeichneten im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, und die mit dem Zeichen Gew. kennlich gemachten im Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO. 16, Engelufer 24/25, 2. Hof 1 Treppe rechts, statt. Anmeldungen können bei sämtlichen Ortsverwaltungen der Verbände und in den Lehrberatungsstunden der Schule (Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr), Engelufer 24/25, 1. Treppe, Zimmer 6, vorgenommen werden. Es ist auch möglich, die Anmeldung am ersten Unterrichtsabend im Kursus selbst vorzunehmen. Der Hörerbeitrag beträgt für je 10 Abende 2 M., für Jugendliche 1 M. Erwerbstose sind vom Hörerbeitrag befreit.

Konflikt im Kartoffelgroßhandel.

Dem Verein Berliner Kartoffelgroßhändler ist vom Verkehrsband das Lohnabkommen für alle in dieser Branche beschäftigten Arbeiter zum 30. September gekündigt worden, um eine Aufbesserung der Löhne durchzusetzen. Die Verhandlungen mit den Unternehmern über den Neuabschluß des Lohnvertrages sind gescheitert, weil die Unternehmer nicht nur die Lohnforderungen nicht ablehnen, sondern darüber hinaus noch einen Abbau der Löhne verlangen! Die Organisation hat daraufhin den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen.

Internationale Unfallbekämpfung.

Der zurzeit im Arbeiterschlammuseum in Berlin-Charlottenburg tagende Unterausschuß für Unfallverhütung beim Internationalen Arbeitstag in Genf beschäftigte sich Montag vormittag unter dem Vorsitz von Geheimrat Lehmann mit der Frage der Erweiterung seiner Arbeiten. Es wurde angeregt, dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitstages in Genf vorzuschlagen, den Kreis der Sachverständigen in diesem Ausschuß durch Hinzuziehung von Vertretern der Behörden, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Unfallversicherer, der Leiter der Arbeiterschlammuseum zu erweitern. U. a. wird sich der Ausschuß auf seiner Berliner Tagung auch mit der Frage der Unfallverhütungspropaganda durch den Film befassen. Weiter hat das internationale Arbeitsamt zur Durchführung seines Planes, internationale Monographien über wichtige Einzelfragen der Unfallverhütung zu veröffentlichen, den Sachverständigen den Entwurf einer Monographie über die Unfallverhütung bei Herstellung und Verwendung von Akzetylen vorgelegt.

Franz Bymowski 60 Jahre alt.

Der Genosse Franz Bymowski, erster Kassierer der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papiererarbeiter Deutschlands, feiert heute bei rüstiger Gesundheit seinen 60. Geburtstag. Im vorigen Jahre konnte er bereits sein Jubiläum als Angehöriger der Jobstelle Berlin des Buchbinderverbandes begehen. In der Partei ist er schon seit einem Menschenalter ein aktives Mitglied, ebenso beteiligt er sich an allen Veranstaltungen des Reichsbanners. Unsere besten Wünsche dem treuen Kämpfer.

Achtung, Dreher! Am Donnerstag findet um 19 Uhr in der Kottbuserstr. Kaiser-Wilhelm-Str. 31, die Branchenversammlung statt. Die Kommunisten, die auf Anweisung der KPD die Spaltung betreiben, werden mit Hochdruck arbeiten. Niemand, dem es ernst ist mit seiner Organisation, darf in dieser Versammlung fehlen. Höchste Klammereitigkeit ist die Parole.

Die Pariser Volkshausleute sind am Montag zum zweiten Male innerhalb 14 Tagen in einen mehrstündigen Proteststreik getreten. Es fordern eine Lohnerhöhung und die Bewilligung eines jährlichen Urlaubs.

Wichtig, SPD-Funktionäre! Heute, Mittwoch, vor 18 1/2 Uhr ab müssen alle Betriebe vom Gewerkschaftshaus, Social 3, wichtiges Material für die Stimmzettel abgeben. Der Präzisionsausdruck.

Deutscher Sozialistenbund. Einberufen: Donnerstag, 3. Oktober, 17 Uhr. Tagesort: 30, Berolienstr., Die Ortsverwaltung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Genossen: Innozenz Lehnert, E. 24-2, Kottbuserstr., und Hans-Braun, E. 24, Kottbuserstr. Einberufen: Innozenz Lehnert, E. 24, Kottbuserstr. Eintritt nur mit Verbandsbuch und Genossenschaft. - Westfälische Arbeiter, E. 24, Kottbuserstr., Einberufen: Innozenz Lehnert, E. 24, Kottbuserstr. - Eiben, Eibenstr. E. 11, Kottbuserstr., Einberufen: Innozenz Lehnert, E. 24, Kottbuserstr. - Kottbuser, Kottbuserstr. E. 24, Kottbuserstr. - Kottbuser, Kottbuserstr. E. 24, Kottbuserstr. Verantwortlich für Verfall: Dr. Carl Gerner, Westfälische Gewerkschaftsbewegung; J. Eimer; Westfälische Gewerkschaftsbewegung; Dr. John Dalkowski; Kottbuser; und Genossen: Erik Arndt; Arndt; E. 24, Kottbuserstr. Berlin: Sozialverlag G. m. b. H., Berlin. Deut: Gewerkschaftsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SO. 16, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Hilfen“.

Skaref-Scandal im Stadtparlament.

Erregte Debatte: Sozialdemokratie fordert schärfstes Durchgreifen.

Die Ausbeutung des Skaref-Scandals zur Parteilagitation wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung so ausgiebig betrieben, daß die Debatte über diesen Skandal die ganze Sitzung in Anspruch nahm. Bürgermeister Scholz gab einen eingehenden Bericht darüber, wie die unerhörten Betrügereien möglich wurden. Gegen die in der kommunistischen Presse gemachten Versuche, dreist die Sozialdemokratische Partei in den Skandal hineinzuzerren, wandte sich in scharfer Rede unser Genosse Flatau. Er wies darauf hin, daß Kommunisten es gewosen sind, die durch ihr Verhalten eine rechtzeitige Beleuchtung der von Skaref mit der Stadt gemachten Geschäfte vereitelt haben. Auf Flatau's Ausführungen antwortete der Deutschnationaler Merkel mit weitläufiger Rede über die Aufschlingungsgesellschaft, obwohl sie mit dieser Affäre Skaref gar nichts zu tun gehabt hat, und der Kommunist Lange mit der bei ihm üblichen wüsten Schimpferei, die mit Verdächtigungen gespickt war. Als Bürgermeister Scholz in Aussicht stellte, daß in der Untersuchung Herr Lange sich als Zeuge zu äußern haben werde, schrien den das sehr zu überraschen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende Genosse Hak mit, daß beschloffen sei, den

Fall Skaref

zu behandeln und den einzelnen Fraktionsrednern je eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Zu der großen Betrugsaffäre hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage eingebracht: Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben,

1. Welche Feststellungen finanzieller und sonstiger Art auf Grund der bisherigen Prüfungs- und Untersuchungsergebnisse in der Angelegenheit Skaref getroffen werden konnten.
 2. Ob Beamte oder Ehrenbeamte der Stadt direkt oder indirekt durch die bisherigen Ermittlungen in dieser Angelegenheit belästigt erscheinen.
- Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion hat folgenden Wortlaut:
- Wir beantragen eine strenge Prüfung aller mit der Angelegenheit Skaref zusammenhängenden geschäftlichen und dienstlichen Vorgänge sowie des Verhaltens aller mit dieser Frage in Zusammenhang stehenden Personen und darüber hinaus eine Nachprüfung des gesamten Geschäfts- und Kreditgebarens der Stadtbank durchzuführen.

Faßt alle anderen Fraktionen des Hauses haben ebenfalls Anfragen und Anträge eingebracht. Die Kommunisten verlangen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, dem Mitglieder ihrer Partei, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe, des Internationalen Kriegesopfer-Bundes und vieler anderer kommunistischer Organisationen angehören sollen. Von den Deutschnationalen wurde die sofortige Vertragsauflösung und die Konkursdurchführung der Geschäfte der Gebrüder Skaref verlangt.

Als erster Redner nahm sofort

Bürgermeister Scholz

im Namen des Magistrats das Wort: Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat auf alle Anfragen und Anträge Rede und Antwort stehen wird. Der Bürgermeister ging nun der Auflösung der Kleiderbetriebs-Gesellschaft im Jahre 1925 aus, schilderte, wie die Gebrüder Skaref dem bis dahin

städtischen Betrieb übernahmen. Der Vertrag lautete bis zum Jahr 1928.

Da sie vertraglich Kleider- und sonstige Lieferungen für die Stadtverwaltung und die Bezirksämter übernommen hatten, forderten sie alsbald mehrfach Darlehen von der Stadt,

die ihnen schließlich auch in Höhe von 300 000 Mark, rückzahlbar in monatlichen Raten von 10 000 Mark als Betriebskapital gewährt wurden. Schließlich wurde der Vertrag, ehe er abgelassen war, durch den zuständigen Magistratsdezernenten (den kommunistischen Stadtrat Gabel) bis 1935 verlängert. Aus den Vertragslieferungen ergaben sich für die Gebrüder Skaref Geschäftsverbindungen mit der Berliner Stadtbank, die ihnen erst in Meinerem, später in größerem Umfang die Beworrichtung der Lieferungsanträge gewährte. Der Kreditausschuß der Stadtbank gab dabei immer seine Zustimmung. Bürgermeister Scholz schilderte dann das bekannte Verfahren bei der Beworrichtung und erklärte schließlich, daß die Skarefs, entgegen der bis dahin beobachteten Gepflogenheit, nicht mehr die Originalbestellhefte an die Stadtbank zur Beworrichtung einreichten, sondern Abschriften davon mit der Bemerkung, daß die Originale bei den Bezirksämtern seien. Dann kam die bekannte Aufdeckung der Betrugsmanöver durch den Revisionsbeamten. Die Kontrollen bei den Skarefs mußten immer für sie günstig ausfallen, da für die Magistratskontrollbeamten besondere Bücher geführt wurden.

Im Laufe der Untersuchung ergab sich die einwandfreie Feststellung der Betrügereien, so daß man schließlich die Skarefs als die Täter feststellte

und ihre Verhaftung veranlaßte. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden nicht nur falsche Bücher, sondern auch eine Kladde gefunden, auf der die Fälschungen sehr äußerlich registriert waren. Der Redner betonte mit besonderem Nachdruck, daß die bisherige Untersuchung strafrechtliche Vergehen von Beamten nicht ergeben hätte, sondern daß man sich auf die Einleitung von Disziplinarverfahren beschränkt hätte. Wie steht es mit der Vermögenslage der Skarefs?

Das vorhandene Warenlager hat einen Wert von etwa 1 200 000 Mark. An Forderungen an die Bezirksämter stehen einige 100 000 Mark aus. Sonstige Debitoren sind etwa 350 000 Mark vorhanden. Daneben sind Grundstücke, vier sehr luxuriös eingerichtete Villen und zwei Rennställe vorhanden, deren Wert aber sehr fraglich ist. Ob gegen die Skarefs ein Schadensersatz oder ein Konkursverfahren eingeleitet werden soll, ist zurzeit noch nicht entschieden; bekannt ist auch noch nicht, wie groß der ganze Verlust ist. Die Positionen bei der Stadtbank belaufen sich jedenfalls auf über 10 1/2 Millionen Mark.

Es besteht leider die Befürchtung, daß mehrere Millionen Mark Verlust für die Stadt Berlin übrig bleiben werden. Die Frage, wo die Skarefs diese erlangten Millionen gelassen haben, ist bis zur Stunde noch nicht zu beantworten. Vielleicht haben sie das Geld in das Ausland verfrachtet, um eine eventuelle Flucht zu finanzieren zu können. Das ist zum Glück durch das energische Zugreifen der amtlichen Stellen verhindert worden. Jedem großen Skandal folgen eine Anzahl kleiner. Leider die vielen Beschuldigungen an Beamte usw. wird eine rücksichtslose Untersuchung durchgeführt. Es gilt, den Ruf der Stadt Berlin hochzuhalten, seine Wirtschaft, weder öffentliche noch private, kann gedeihen, wenn nicht Sauerbrut herrscht. Dann sprach als erster Diskussionsredner der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion,

Genosse Erich Flatau

Er bezeichnete den Fall Skaref als die widerwärtigste Angelegenheit, mit der sich die Stadtverordnetenversammlung bisher zu beschäftigen hatte. Allerdings rede es nicht so, wie es gewisse

Berliner Zeitungen machten, indem sie übereifrig nur in einer politischen Richtung Schuldige suchten. Trotz der Erklärung des Bürgermeisters sind viele Unklarheiten geblieben. So ist es z. B. unbegreiflich, wenn die früher im Verkehr mit den Gebrüder Skaref geschlossenen Sicherheiten mit einemmal außer acht gelassen werden konnten. Es ist doch mehr als merkwürdig: die Skarefs ändern plötzlich ihre Geschäftsmethoden, aber kein Beamter merkt das und geht der Sache auf den Grund. Ungewöhnlich ist auch, daß der Magistrat die Stadtbankdirektoren und die verlagenden Kontrollbeamten auf ihren Posten belassen hat. Sollen etwa diese Beamten in der Untersuchung ihrer eigenen Angelegenheiten tätig sein? Wir hoffen, daß das sofort geändert wird. Unerfindlich ist auch, wie der noch laufende Vertrag bereits lange vor seinem Ablauf bis zum Jahre 1935 verlängert werden konnte. Gelegentlich einer Debatte über das städtische Ankaufamt haben die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gegen diese Methode sehr energisch protestiert. Genosse Flatau richtete an den Magistrat die Frage, ob es auch sonst üblich sei, daß solche weitgehenden Kontraktverträge nur von Magistratsmitgliedern abzuschließen werden. Und er fragte weiter, ob denn diese Verträge gültig sind, selbst wenn mehrere Magistratsmitglieder unterschreiben. Ich kenne zwar das Verfahren im Kreditausschuß der Stadtbank nicht, aber es sind alle Parteien darin vertreten und gerade

die Kreise, die jetzt anderen Parteien die Schuld an dem Skandal zugeschoben möchten, haben die Mehrheit in dem Ausschuss.

Gewisse Kreise, die sich auf ihre kaufmännischen Fähigkeiten sehr viel einbilden, haben ohne Bedenken die Kreditgewährung an die Skarefs gebilligt, und es scheint fast, als ob sie ihre eigenen Kredite dabei nicht gefährden wollten. Genosse Flatau erwähnte dann mehrere Fälle, die er dem Magistrat zur Beanstandung vorlegte. In der Bezirksammlung Mitte hat der Kommunist Wienowski einen Antrag eingebracht, nach dem der Vertrag mit den Skarefs zu lösen sei, da die gelieferten Waren minderwertig waren. Der Antrag wurde schließlich durch die R.D.-Fraktion zurückgezogen. Ist hier eine unzulässige Beeinflussung durch den zuständigen Magistratsdezernenten etwa vorgenommen worden? Frage?

Bürgermeister Herz vom Bezirk Kreuzberg veranlaßte eine Rundfrage an die Bezirksämter, wie man mit den Lieferungen der Skarefs zufrieden sei.

In diesem Falle steht fest, daß der zuständige Magistratsdezernent sofort die Unrichtigkeit verhandelt. Ist es ferner wahr, daß der Direktor vom Krankenhaus in Reinickendorf veranlaßt wurde, besondere Waschbestellungen bei den Skarefs zu machen? Der zuständige Magistratsdezernent, der alle diese Sachen zu verantworten hat, ist der kommunistische Stadtrat Gabel. (Zehhört, Hörhört, Hörhört-Rufe bei den Sozialdemokraten.)

Es ist in der Öffentlichkeit auf das Verhältnis von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei zu den jetzt verhafteten Gebrüder Skaref hingewiesen worden. Sollte festgestellt werden, daß Sozialdemokraten ihre Stellung ausgenutzt haben, um den Skarefs Vorteile zu verschaffen,

so wird die Partei mit aller Energie gegen diese Mitglieder vorgehen.

ebenso wie gegen die Skarefs selbst, die bekanntlich aus der Partei ausgeschlossen sind. Aber bisher sind irgendwelche Vergehen von sozialdemokratischen Ehrenbeamten nicht nachgewiesen worden. Ich erkläre in aller Deutlichkeit, so sehr Genosse Flatau sich, daß es die Sozialdemokratische Partei nicht unbedingt nötig hat, Kennisbesitzer zu organisieren. Der gesellschaftliche Verkehr, der mit den Skarefs gepflogen wurde, gibt jedenfalls kein Recht, Angriffe gegen Mitglieder unserer Partei zu richten; es hat auch



Aber ein anderer Bataillonsführer machte seine Aufmerksamkeit. Er schnappte ab mitten im Einsatz. Er war tumultuös und granatenumtauscht. Einer, den der immerwährende Wechsel in den Führerstellen an eine Spitze getragen hatte, die zu exponiert für ihn war. Er zeigte sich gerade dann unfähig, gefasste Beschlüsse auszuführen, selber Beschlüsse zu fassen, wenn es einzig darauf ankam. In seiner Kanzlei viel Papier vollschreiben zu lassen, gelang ihm, hier gab es keine Kanäle. Er meldete sich krank. Das heißt, es sicherte durch, der Regimentskommandeur habe ihn veranlassen müssen, sich an den Arzt zu wenden. Dufang habe, ehe jener eintrat, mit Fünfer vertraulich gesprochen. Worauf der sich veranlaßt sah, ein Herzleiden zu konstatieren. Auf solche Weise wurde man jenen los, und er selbst erreichte, was er von sich aus zu erreichen nicht gewagt hatte: er kam aus der Feuerlinie. Er kam nach Hause. Wohl möglich, daß er seines Leidens wegen, das als Dienstbeschädigung angesehen werden konnte, später eine Rente bezog.

Funk muß Fünfers Befund schreiben. Er weiß ihn auswendig. Es ist immer das gleiche bei den Gutachten über Offiziere, die megwollen: nervöse Störungen, reizbares Wesen, schlechter Schlaf, Appetitlosigkeit und so weiter. Hier kam unterirdisch noch das Herz hinzu.

Schon bei Bipp's Zeiten hat Funk selbständig diese Weisheiten hingelegt. „Erzählen Sie dem Divisionsarzt das übliche Märchen, Funk“, pflegte Bipp zu sagen.

Die Vögel sind helden. Wie haben sie's fertig gebracht, hier auszuhalten, hier durchzukommen? — Die anderen helden liegen im untergegangenen Park und sollen ihn düngen für künftige Tage. Krankenträger schaufeln große Gruben. Auch Funk greift zum Spaten. Seine wochenlange Tag und Nacht hinlaufende Arbeit, Antitoxin zu spritzen, Koffein, Morphium, Stapolamin, einige hundert Dosen, dann Adelin auszuzucken, Tafelchen zu füllen, immer wieder in Bücher, auf Weidbogen, in Rubriken Zahlen und Namen zu schreiben — solche Tätigkeit mit gepigtem Finger läßt die Muskeln danach schreien, sich endlich rühren zu dürfen.

Den Fuß auf den Rand der Schaufel zu setzen, sie hineinzuwerfen in die weiche, herbduftende Erde, die Arme im friedlichen Schwung anzuspannen — das tut wohl. Aber plötzlich lassen alle ihre Spaten stecken oder fallen und laufen davon. Der Franzose hat wieder einmal „eine hergefahren“, und die Toten sind in der Lage, ein zweites Mal zu sterben.

Aber es geht glimpflich ab. Eine Granate nur ist in ein begonnenes Grab gelaufen und hat den Grund mit einem Schlag ausgehoben. Die Sanitätsleute brauchen nicht mehr tiefer zu dringen. Sie haben nur die Leichen hineinzulegen, dann können sie das große Loch zuschuppen.

„Der Schuß hat die Leut' aber wirklich unter die Erde gebracht.“ sagt einer mit traurigem Nächeln. In den Bäumen hängt eine funkelnde, vom Aprilregen reingewaschene Nachmittagssonne, schon wärmend gleich deutschem Frühsummer. Wie die Haut zu atmen beginnt — sie, die nur noch von modriger Luft, von Blut-, Schweiß- und Urindünsten umgeben war.

Es hilft nichts — wieder hinunter muß man. Doch heute scheint ein besonderer Tag, ein guter zu sein: von Ablösung ist die Rede. Funk fragt bei Fünfer an: ja, es stimmt. Der Regimentskommandeur und sein Schreiber sind schon weg. Der Adjutant ist noch da. Die Kompanien, die Bataillionsbefehlsstellen wechseln bei Einbruch der Dunkelheit mit dem Nachfolger.

„Funk, wir gehen — ich, Sie und mein Diener —, solange es noch hell ist. Oberarzt Model, Feldunterarzt Spieß, Feldwebel Bethge bleiben und übergeben den Platz den ablösenden Kollegen.“

Funk ist nicht recht zufrieden. Er ginge lieber in der Nacht. Er scheut sich nicht, es dem Regimentsarzt zu sagen und anzuraten. Aber der nervöse, blaß verpöckte und verdrehte Fünfer hat keine Geduld mehr. Fort, und endlich wieder einmal nach hinten, fort aus dem Bereich ewiger Schießerei, wenn möglich in ein Bob, unter ein Rasiermesser,

in ein schweißtreies Hemd, jede Minute früher weg, die es irgend geht

Der Diener Schwind, ein hagerer kleiner Burche, hat sich einen unförmigen Tornister zurechtgepackt in geheimnisvollen Handierungen. Nun soll er obendrein den Offizierstornister seines Stabsarztes tragen. Das ist unmöglich für ihn zu bewältigen.

„Was haben Sie denn alles drin, Schwind, in Ihrem anjeshwollenen Konstrum?“

„Ja — lauter Sachen von Herrn Stabsarzt.“ sagt der Bichler bieder, wenn auch etwas dumpf im Ton.

„Und dabei kommt' ich nicht mal ne frische Unterbuge anziehen, denn Sie hatten keine für mich mitgenommen.“ quengelt Fünfer. Er ist gutmütig genug, seinen viel leichteren Tornister selber zu tragen. Säge es Dufang, er wäre empört über die verzärtelnde unbilligste Haltung des Vorgesetzten.

Sie nehmen Abschied. Bethge wirbelt den Bart in straffere Haltung — sie alle sind von neuer Lebensfreude umproßt — und sagt: „Wünsch' glücklichen Weg! Herr Stabsarzt, kommen Sie gut nach Hause!“ Da müssen doch alle lachen, denn wo wäre dieses „zu Hause“? Immerhin: das Hinterland kann man schon empfinden als ein Heim, als ein Dahel. Wenn man nur erst heraus ist aus dem unaufhörlichen Bedrohthein.

Dann sind sie zu dritt auf einer grausam gelöcherten Straße mit zerplünderter Alleegebäuden.

„Wirklich ein Kunststück, wie hier die Wagen der Sanitätskompanie noch fahren können. Man müßte die dollsten Löcher zuschütten, alles n' bisschen ausbessern.“

Du verstehst wirklich nicht viel von der Landwirtschaft — denkt Funk. Bant sagt er: „Das geht wohl kaum. Der Gegner beobachtet hier gut. Da entstünde zu viel Unruhe; bestenfalls nachts könnte man —“

Er bricht ab. Wie recht er hat, erweist sich sogleich. Sie scheinen bemerkt zu werden. Gilt ihnen nicht der Schuß, der dort rechts hinten einschlägt? Möglich aber auch, daß nur mal wieder die Straße abgestreut wird.

„Vorwärts!“ ruft der Stabsarzt und trabt. Funk und Schwind, sie traben. Die Hochgeschirre klappern, in den Tornistern rumpelt es.

Die zweite sieht schon näher. Fünfer erstarrt, bleibt stehen und sieht sich um. „Los!“ schreit Funk, packt ihn am Gurt und zieht. Sie galoppieren zu dritt dahin über eine Chaussee, die besät ist mit spitz zerklüfteten Steinen, Holzspalttern, Erdgüssen. Sie straudeln, manchmal fällt einer halb, sie werfen sich voran.

(Fortsetzung folgt.)

Magistratsmitglieder und Stadtverordnete aller Parteien gegeben, die mit den Gebrüdern Sklarek bei irgendeiner Gelegenheit an einem Tisch saßen.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert im Interesse ihrer Mitglieder, ihrer Wähler und der Stadt Berlin die restlose Aufklärung der ganzen unsauberen Angelegenheit.

Stadtverordneter Meckel (Dnat.) hielt einen langen Vortrag über die Anzeige, die seinerzeit die deutschnationale Fraktion über den Kopf der Stadtverwaltung hinweg gegen Beamte des Anstaltungsamtes (nicht zu verwechseln mit der Sklarek'schen K.B.G.) stellten und die damals im Sande verlief. Auf die Affäre Sklarek ging der Redner so gut wie gar nicht ein. Der Kommunist Lange meinte, man brauche nicht mehr nach Chicago zu fahren — er spielte dabei auf die Amerikastudienreisen der Berliner Magistratsmitglieder an —, um Kommunalkorruptionen zu erleben. Als der Redner behauptete, die Sklareks hätten an Stadtverwaltungsmitgliedern billige Anzüge geliefert, wurde von allen Parteien des Hauses verlangt, daß er Namen nenne. Lange meinte aber, man solle die Untersuchung des Magistrats abwarten. (Gelächter und Hal-Auße.) Der kommunistische Stadtrat Degner sei aus der Partei herausgeschoben, dagegen hätte der kommunistische Stadtrat Göbel nur einen „kommunistischen Fehler“ begangen. Bürgermeister Scholz nagelte den Vorkredner auf seine Behauptungen wegen der Anzüge fest und sagte ihm, daß er in dieser Angelegenheit Zeuge sein werde. (Lebhaftes Brausen im Hause, Lange ist sehr verlegen!) Der Demokrat Schubert forderte die restlose Aufklärung der Affäre. Die Demokraten würden in jeder Beziehung mitwirken. Nach den Stadtverordneten Jurisch (D. Sp.), Hake (Sp.) und Lange (S.) erklärte der Kammerer Dr. Lange, daß der

Vertrag mit den Gebrüdern Sklarek, als er beim Magistrat bekannt wurde, auch dort größtes Befremden erregt hätte.

Schließlich trat nach kurzen Bemerkungen des deutschnationalen Rädels gegen 11 Uhr der Schluss der Debatte ein. In einer persönlichen Bemerkung verurteilte der Kommunist Wisniewski abzuweichen, daß er in der Bezirksversammlung Mitte einen Antrag, der sich gegen die Gebrüder Sklarek richtete, zurückziehen ließ. In der Beschlusseinstimmung, die die Bezirksversammlung nachher nachweisen, daß er von ihm, Riese, verlangt habe, den Antrag „unter den Tisch“ zu lassen. Offenbar war Wisniewski von einem ganz bestimmten Parteifreund, der im Berliner Magistrat sitzt, dazu veranlaßt worden.

In vorgerückter Stunde wurde, weil der Saal sich geleert hatte, die Abstimmung über die Anträge vertagt.

Nicht Konkurs, sondern Liquidation.

Das Nachrichtenamt teilte gestern den versammelten Pressevertretern mit: Die Gläubigerversammlung in Sachen der Firma Sklarek hat heute abend zusammen mit dem Verwaltungsrat der Stadtbank gesagt. Nach einstündiger Beratung ist ohne jeden Widerspruch einstimmig der Wille zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Konkurs unter allen Umständen vermieden werden müsse und an seine Stelle eine Liquidation treten solle in der Form, daß die Stadt Berlin und die Gläubiger eine Gemeinschaft bilden, die die Liquidation abwickelt.

Degner aus der SPD. ausgeschlossen.

Der kommunistische Stadtrat Degner, der mit den Gebrüdern Sklarek in freundschaftlichen Beziehungen stand, ist von der Bezirksleitung der SPD, Berlin-Brandenburg aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte, nachdem sich Degner gewelgert hatte, sein Amt niederzulegen.

In Charlottenburg spukt es!

Fische gehen spazieren, Bettdecken fliegen durch die Luft.

In einem Berliner bürgerlichen Abendblatt fand man gestern sensationelle Mitteilungen über angebliche Geisteserscheinungen im Hause Lavroggenstr. 42 in Charlottenburg. Dort sollen Anfang dieses Jahres in der Familie des Tischlers R. nach dem Tod eines Bruders des R. geisterähnliche Erscheinungen aufgetreten sein. Tische und Stühle sollen sich vom einen Ende des Zimmers zum anderen bewegt haben, die Bettdecke soll zwei Meter hoch in die Luft geflogen sein und dergleichen mehr.

Die 14jährige Tochter Lucie des R., die an dem „Onkel Hans“ mit besonderer Liebe hing, entwickelte plötzlich besondere Eigenschaften. Im Schlafzimmer des Mädchens ertönten in der Dunkelheit Klopfzeichen und scharrende Geräusche in der Wand, ein schwarzer Tisch bewegte sich von selbst, eine über dem Bett des Mädchens hängende Puppe bewegte Arme und Beine. Die Eltern des Kindes benachrichtigten den ihnen nachstehenden Pfarrer Hillebrandt, der sich davon überzeugte, daß diese Erscheinungen tatsächlich eintraten, wenn das Kind im Bett lag. Der Geistliche wandte sich an die Parapsychologische Gesellschaft und Dr. Sanner von der Gesellschaft hat diese Vorgänge mit einer Kommissionskommission eingehend untersucht; er bestätigte unserem Mitarbeiter, daß sich geisterähnliche Dinge tatsächlich in der geschilderten Art ereignet haben. Er selbst, so erklärt er, bringe diese Dinge der Ärzteschaft und der Öffentlichkeit zur Kenntnis lediglich, um sie zur Debatte zu stellen. Wenn sich der Nachweis für die Richtigkeit dieser Art überirdischer Erscheinungen führen lasse, wenn sie mit den gewöhnlichen Mitteln der Medizin und Psychologie nicht zu erklären seien, dann wäre damit bewiesen, daß es ein Fortleben nach dem Tode tatsächlich gibt. Entgegen den Behauptungen des Abendblattes teilt Dr. Sanner mit, daß die Erscheinungen nach zwei Monaten plötzlich aufgehört hätten.

Unserem Mitarbeiter war es gleichfalls möglich, die Familie R. zu sprechen; sie ist auf den Arzt nicht gut zu sprechen, daß er, entgegen einem gegenseitigen Abkommen, diese Dinge der Öffentlichkeit übermitteln habe, denn jetzt plötzlich treten die Erscheinungen nicht mehr auf. Diese Äußerung der Familie R. ist doch sehr eigenartig. Vermutlich wird es mit diesem Spuk wie mit all dergleichen Dingen gehen: Sobald das Licht der Öffentlichkeit auf sie fällt, bleiben die „übernatürlichen Erscheinungen“ aus und vom Spuk ist nichts mehr übrig.

Hinverletzte Krieger werden sich nun auch in die Provinz Brandenburg — nach dem Vorbild Münchens, Frankfurt a. M. und Rheinland-Westfalens — zu einem Verband zusammenschließen, um ihre Interessen auf den Gebieten der Versorgung, Arbeitsbeschaffung, Heilbehandlung usw. nachdrücklicher wahrnehmen zu können, als es bisher geschah. Mit der Bitte, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen, wenden wir uns an alle hienverletzte Kameraden und ihre Frauen, an die Ärzteschaft, an alle bestehenden Kriegsbeschädigtenorganisationen, an die gesamte Bevölkerung und laden sie zu unserer ersten Versammlung am Mittwoch, 2. Oktober, 20 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses (Eingang Köpenickerstraße) ein. Referent Kamerad Walter Jodel. Jesuiten an Kurt Ruhemann, Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 130.

Wahllokal und Verkauf der Jubiläum- und Gedenkstempel zu Berlin, im Kälbergebäude, St. Wolfgangstraße, sind vom 5. Oktober bis auf weiteres an den Sonnabenden bis 17 Uhr (8 Uhr nachmittags) geöffnet.

„Widerstand“ gegen Staatsgewalt

Wie harmlos er oft ist.

Widerstand gegen die Staatsgewalt! Es klingt gefährlich und ist doch oft nur gar zu harmlos. Ein wenig mehr Menschenkenntnis, Humor, Ueberlegenheit und Zurückhaltung des sich seiner Kraft und Uebermacht bewußten Beamten und die Staatsgewalt wäre nicht auf Widerstand gestoßen. Der schlimmste Aufreißer zum Widerstand ist aber der Alkohol. Er weckt den Widerspruchsgedanken. Er anerkennt nicht das Recht des Beamten als Hüter der Ordnung und ist Vermunftsgründen völlig oder gar nicht zugänglich. Zwei harmlose alkoholische Widerstände gegen die Staatsgewalt, typisch für die Gruppe von Delikten, wurden neulich vom Einzelrichter abgeurteilt.

Der Bierverleger.

Ein gefährlicher Beruf, dieses Bierverlegen, besonders, wenn man kein Bier verträgt. Der sonst brave Bierverleger D. vertrat es aber wirklich nicht. Sein Strafregister ist ganz eigenartiger Natur; es weist nicht weniger als 5 Strafen wegen Widerstandes und 2 wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung auf. Eines Tages hatte er wieder einmal zu viel getrunken, er wurde unruhig, der Wirt wollte ihn an die Luft setzen, holte einen Beamten, dieser versuchte es im guten, D. ging aber nicht. Als der Beamte sich entfernte, um einen Kollegen zu rufen, überlegte sich D. die Situation und beschloß, der Gefahr des Widerstandes aus dem Weg zu gehen. Er rief ein Auto heran, fiel aber statt in die Droschke auf den Führer. Das lähmte ihn aber nicht ab. Er erhob sich zwar aus der nicht ganz bequemen Lage, rief ein zweites Auto heran und war gerade im Begriff, in Vertennung seines eigentlichen Berufes, das Auto anzufahren, als die Beamten an ihn herantreten und ihn aufforderten, mit zur Wache zu kommen: er sollte wohl dort ernüchert werden. D. sah aber gar keinen Grund, weshalb er zur Wache mit sollte. Er bediente sich deshalb nicht ganz schmeichelhafter Ausdrücke, stellte den Beamten „Beine“ und zeigte sich derart renitent, daß er gefesselt werden mußte. Auf dem Polizeirevier tobte er in einer Weise, daß man ihn kurz-

zuschließen gezwungen war. Vor Gericht machte der brave Bierverleger einen recht kläglichen Eindruck, er war dem Weinen nahe und meinte, er habe ja immer gesagt, daß ihm etwas derartiges nicht mehr passieren dürfe. Als er dann drei Wochen Gefängnis zudiktiert erhielt, bat er „höflich“, erst in zwei Monaten die Strafe antreten zu dürfen, er wolle sich jede Woche im Revier stellen. „Sind Sie schon einmal in einer Anstalt gewesen?“ fragte ihn der Richter, und der Staatsanwalt riet ihm, es mit einer Alkoholheilanstalt zu versuchen und nach Möglichkeit den Beruf zu wechseln.

Der Invalide.

Der Mann hat aus dem Kriege vier Kopfschüsse und eine Verletzung nach Hause gebracht. Er geht am Stod. In Kerenheilanstalten befand er sich einmal 23 Monate, ein andermal 18 Monate; er war auch im Birchow-Krankenhaus in Behandlung und ist erst im Dezember 1928 aus einer Heilanstalt in Birkenwerder entlassen. Er kennt keine leichte Reizbarkeit und geht heiklen Situationen aus dem Wege. „Ich habe zum erstenmal in meinem Leben einen Zusammenstoß gehabt“, sagte er. Er war vertriebt, und als er zurückkam, fand er seine Wohnung vermietet. Er suchte vergeblich eine neue Wohnung, fand nichts, trank vor Kummer undummer einige Glas Bier, und da passierte ihm das Unheil. Er stieß mit einem Wächter hart aneinander, dieser holte einen Schupo, und als er nun etwas derb angefaßt wurde, da geschah etwas, woran er sich nicht mehr erinnern kann. Sodenfalls benahm er sich derart, daß noch vier Personen herbeigezogen werden mußten, um ihn zu beruhigen. Also hatte er sich wegen Widerstandes und groben Unfugs zu verantworten. Der Richter vertagte die Verhandlung; es sollen erst über seinen Geisteszustand Nachforschungen angestellt werden.

Widerstand gegen die Staatsgewalt war aber auch das. Man mühte dafür vielleicht doch eine andere Qualifizierung finden.

Großfeuer in Darmstadt.

Ein Arbeiter getötet, vier weitere schwer verletzt.

Darmstadt, 1. Oktober.

Durch das Geräusch einer schweren Detonation wurde die Bevölkerung Darmstadts gestern nachmittag kurz vor 15 Uhr aufgeschreckt. In der Schraubenfabrik der Bahnbedarfs A. G., in der es erst vor kurzem zu einem Brande gekommen war, war eine Kohlenstaubeexplosion eingetreten. Ueber den Gebäuden der Fabrik, deren Dachstuhl in Brand geraten war, erhob sich eine dicke, weißlich-schwarze Rauchwolke. Infolge des starken Windes griff der Brand auch rasch auf die von der Explosion mitberührte Schmiedehalle des Unternehmens über, die kurz darauf ebenfalls in hellen Flammen stand. Vier Arbeiter wurden mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, einer von ihnen ist seinen Verletzungen erlegen, während ein zweiter in äußerster Lebensgefahr schwebt. Eine Stunde nach der Explosion war trotz des Aufgebots aller verfügbaren Feuerwehreinheiten und obwohl ein heftiger Regen niederging, der Brand noch nicht bezwungen.

Im Lehnstuhl verbrannt.

Zurückbarer Tod eines Gelähmten.

Im Norden Berlins, im Hause Novakstraße 14, ereignete sich gestern abend ein furchtbares Brandunglück. Im Schlafzimmer seiner Wohnung wurde der 64jährige Gustav Ugelin in verkohltem Zustande aufgefunden.

Gegen 19 Uhr drang aus der Wohnung des U. dichter Qualm. Zu demselben Zeitraum kehrte ein Verwandter heim, konnte aber infolge der starken Berqualmung keinen Einlaß bekommen. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr drang in die Wohnung ein und fand in dem Wohnzimmer den 64jährigen Gustav Ugelin fast bis zur Unkenntlichkeit verkohlt auf.

Unrein war seit längerer Zeit gelähmt und verbrachte die Tage in einem Korbstuhl dicht am Ofen. Man glaubt nun, daß er sich in den Abendstunden eine Zigarre anrauchen wollte, und daß er dabei die Türe des Ofens, der einige Zeit zuvor angeheizt wurde, geöffnet hat. Es sind dabei vermutlich glühende Kohleteilchen herausgefallen, die den Korbstuhl, auf dem der Gelähmte saß, in Brand gesetzt haben. Die Hilferufe des Unglücklichen mußten ungehört verhallt sein, der Korbstuhl ging in Flammen auf und der Mann verbrannte lebendigen Leibes. Die Flammen hatten auch auf die übrigen Möbel des Zimmers übergegriffen, doch gelang es der Feuerwehr, die Flammen sehr schnell zu ersticken. Die Leiche des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen wurde beschlagnahmt und ins Schaushaus gebracht.

Aufgaben der Internationale.

Genosse Reinhardt-Bern bei den Jungsozialisten.

Am Montag sprach der Vorsitzende der Schweizer Sozialdemokratie, Genosse Ernst Reinhardt-Bern, in einer Veranstaltung der Berliner Jungsozialisten über das Thema „Die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiter-Internationale“. Als Haupt- und Endaufgaben der Internationale sah Gen. Reinhardt die Bekämpfung der imperialistischen Machtpolitik und die Niederdrückung des Weltkapitalismus. Die Anbahnung der Bolschewisten, der Weltkrieg müsse den Zusammenbruch des Kapitalismus bringen, hat sich als falsch erwiesen. Zu einer viel höheren Stufe ist die kapitalistische Wirtschaft nach einer schweren Krisenzeit emporgeritten worden. Internationale Kapitalverflechtung in Konzernen, Kartellen und Kongernen schuf einen neuen Typus der organisierten kapitalistischen Wirtschaft, in der der einzige Sieger des Weltkrieges, das amerikanische Kapital, die Führungsrolle spielt. Nur durch seine solidarische Unterstützung des europäischen Kapitals in seinem Kampfe gegen den Antagonismus der Arbeiterklasse konnte die endgültige Niederdrückung der Arbeiterklasse verhindert werden. Trotz der Solidarität des internationalen Kapitals gegen die Arbeiterklasse entwickeln sich notwendig Rivalitäten zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten. Die Mittel zur Austragung dieser Rivalitäten sind nicht mehr allein die Kriege; als wirksamer haben sich Wirtschaftskrieg und Kapitalisphäre erwiesen. Trotz pazifistischer Reden und Verträge — die aber der Krieg als sogenannte „Polizeifunktion“ des großen Imperialismus gegen die Kleineren nie zulassen — wird der Krieg als Mittel kapitalistischer Politik noch ganz verschwinden. Eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Internationale ist es, die neuen Methoden des Imperialismus zu sehen und zu durchschauen.

Auch der erstarkende Faschismus, die Organisation des Nachtigalstapitalismus zur Führung der verschärften Klassenkämpfe, muß von der Arbeiterklasse energisch bekämpft werden. Die innen- und außenpolitischen Kämpfe und Kriegsmethoden des internationalen Kapitals muß die Arbeiter-Internationale mit dem sozialen Krieg beantworten!

Bildungsarbeit im Weddingbezirk

Volksbücherei Ravenstraße.

Der Ausbau des Volksbüchereiwesens des Verwaltungsbezirks Wedding ist um einen weiteren Schritt vorwärts gekommen. Die von jeher besonders stark benutzte Volksbücherei in der Ravenstraße ist nach Erneuerung ihres Bücherbestandes und Neuausstattung ihrer Räume heute durch Bürgermeister Leid wieder eröffnet worden. Vorher erhielten Vertreter der Presse Gelegenheit, die neu hergerichtete Bücherei unter Führung des Volksbildungsdezernenten Stadtrat Ried zu besichtigen. Aus den 11000 Bänden der früheren Bücherei sind nur 2000 übernommen worden, nachdem sie neu gebunden worden waren. Dazu kamen 10000 neu angekaufte Bände, so daß der Bücherbestand jetzt 12000 Bände beträgt. Man hofft, den Bestand später auf 15000 Bände erhöhen zu können, falls die Mittel ausreichen. Bei der Auswahl der Bücher hat man alle Wissensgebiete berücksichtigt, im besonderen diejenigen, die für das Lebensbedürfnis dieses hauptsächlich von werktätiger Bevölkerung bewohnten Stadtteils am meisten in Frage kommen. In der stärksten Abteilung „Schöne Literatur“ mit allein 4700 Bänden ist Wert darauf gelegt worden, das geistigste Schrifttum in möglichstster Mannigfaltigkeit zusammenzustellen. Die Räume der Bücherei machen nach ihrer Erneuerung einen freundlichen Eindruck. Entsprechend dem heutigen Stand des Bibliotheksbetriebes sind Einrichtungen geschaffen worden, die dazu beitragen werden, die Abfertigung zu erleichtern. Die Einführung eines Leihheftes für die Bücherbestellung ermöglicht den Bibliothekarinnen, sich über das Lebensbedürfnis des Lesers zu unterrichten und bei der Auswahl der zu entleihenden Bücher dienliche Rat zu geben.

Der Bezirk Wedding hat an dem Auf- und Ausbau seines Büchereiwesens eifrig und erfolgreich gearbeitet. Für Lesereidreie stehen jetzt zwei Volksbüchereien (Waltstr. 16, Ravenstr. 12), eine Volkslesehalle (Schönleibstr. 1), zwei Jugendbüchereien (Edinburger Straße 16, Badstr. 10), drei Kinderlesehallen (Edinburger Straße 16, Badstr. 10, Waltstr. 16). Man hofft, daß der Bezirk Wedding in absehbarer Zeit eine große Zentralbibliothek mit großem Lesesaal erhalten wird.

3. Märkischer Wohnungsfürsorgetag.

Am 5. und 6. Oktober 1929 findet in Guben der 3. Märkische Wohnungsfürsorgetag statt. Die Veranstalterin dieser Tagung ist die Märkische Wohnungsbau G. m. b. H., Berlin, ein freigewerkschaftliches Unternehmen, das als Treuhänderin für die Provinz Brandenburg und angrenzenden Gebiete bereits außerordentlich beachtliche Leistungen zur Beseitigung der Wohnungsnot geschaffen hat. So wurden im letzten Jahre von der Gesellschaft 1008 Wohnungen durch die von ihr betreuten Gemeinnützigen Wohnungsbauvereine bzw. von ihr selbst in der Provinz Brandenburg erstellt. Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Bau von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Märkische Wohnungsbau G. m. b. H. ist eine Gründung der freien Gewerkschaften und der „Demog“, Deutsche Wohnungsfürsorge A. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter. In der kurzen Zeit ihres Bestehens, nämlich seit dem Sommer 1926 ist es gelungen, insgesamt etwa 3000 Wohnungen zu erstellen.

Es ist zu erwarten, daß die Tagung dieser Selbsthilfeorganisation der unter der Wohnungsnot Leidenden auch in diesem Jahre wieder dem größten Interesse bei den Behörden und Fachleuten begegnen wird. Das Programm sieht Referate folgender Herren vor:

Ministerialrat Dr. Bötz, Berlin, Stadtbaurat a. D. Architekt Bruno Laut, Berlin, Stadtverordneter Genosse Ernst Steinhagen, Guben und ein Referat des Geschäftsführers der Gesellschaft, des Genossen Diekmann.

Otto Braun-Schule in Ostpreußen.

In der im ostpreussischen Samland unweit Königsberg gelegenen Sieblung Lauenwalde wird am 2. Oktober die feierliche Einweihung einer Volksschule stattfinden, der zu Ehren des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Dr. Braun der Name Otto Braun-Schule beigelegt werden wird. Der Ministerpräsident wird selbst an der Einweihung teilnehmen.

Wasserrohrbruch in der U-Bahngrube.

Gestern abend gegen 18 Uhr platzte in der U-Bahngrube vor dem Grundstück Frankfurter Allee 321 ein 500 Millimeter starkes Kanalisationsrohr. Die Wassermengen drangen in die Grube ein und drohten einen etwa 15 Meter langen Bauabschnitt zum Einsturz. Einige Zeit bestand die Möglichkeit, daß auch die Wohnhäuser, die in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle lagen, gefährdet waren. Die Feuerwehr, die mit mehreren Abpumpen und Spezialfahrzeugen an der Unfallstelle erschienen war, beseitigte die Gefahr jedoch und nahm einige Abstreifungen vor. Kurz darauf erschienen Arbeiter der Wasserwerke und dichteten das zerbrochene Rohr ab. Die Ursache des plötzlichen Rohrbruches konnte noch nicht ermittelt werden.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, dem 1. Oktober.

1. Rennen. 1. Nilla (Guguenin), 2. Senator, 3. Habel. — Toto: 65:10. Platz: 31, 21, 84:10. Ferner liefen: Sternfahrt, Teutonia, Rohr, Darja, Princeh Walcha, Runder, Kömmerer, Oceanit, Schmed, Kömetin, Hosenberg, Catalanga, Judith.
2. Rennen. 1. Gutenberg (Kastenberg), 2. Bahar, 3. Bernhard. — Toto: 20:10. Platz: 13, 24:10. Ferner liefen: Strlicht, Maloch, Storm Cloud.
3. Rennen. 1. Electrola (Staubinger), 2. Olympiade, Severus. — Toto: 25:10. Platz: 11, 13, 18:10. Ferner liefen: Der auf Jero Sigmur, Entrop, Dar es Salam, Leutketten.
4. Rennen. 1. Ana (Reus), 2. Dominica, 3. Mönchtrax II. — Toto: 18:10. Platz: 20, 13, 20:10. Ferner liefen: Rahonna d'Ar. Perline, Mojenlippe, Queßendorfer.
5. Rennen. 1. Mäme (Göhl), 2. Rantagna, 3. Palmiers. — Toto: 193:10. Platz: 63, 16:10. Ferner liefen: Scendo, Heiß, Monte Dore.
6. Rennen. 1. Holzmädchen (Scheff), 2. Schölder, 3. Annocencia. — Toto: 226:10. Platz: 43, 35, 82:10. Ferner liefen: Serdaritz, Grasgrün, Sonnenstrahl, Palanndenne, Dera.
7. Rennen. 1. Ding Wong (Ch. Koch), 2. Lantor, 3. Trianon. — Toto: 219:10. Platz: 60, 37, 60:10. Ferner liefen: Smaragd, Kuzilla, Barbe's Bruder, Laugemisch, Barmanides, Raschel, Blauze.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu richten.

1. Kreis Miltenberg. Alle Genossinnen und Genossen, die es ermöglichen können, werden gebeten, an der Beisitzung des verstorbenen Parteimitglieds Jakob Schimmelmann teilzunehmen. Beisitzung heute, Mittwoch, 2. Oktober, 12 Uhr, von der Halle des Jüdischen Friedhofes in Weiskopf, Verbringensstraße.
2. Kreis Ketzlin. Die Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern findet am Freitag, dem 4. Oktober, 19½ Uhr, im Parteibüreau, Jberal-Politzer, statt.

Heute, Mittwoch, 2. Oktober:

115. Abt. Fichtenberg. 19½ Uhr Abrechnung sämtlicher Kassen usw. von der Fahrtenweise im Lokal Hempel, Jung. Gde. Schwarzbergstraße.
121. Abt. Weiskopf. Bericht über die Vitalisierungsaktion findet heute im Lokal Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Str. 64, Gde. Eisenstraße, statt.

Morgen, Donnerstag, 3. Oktober:

1. Abt. 20 Uhr bei Mentzsch, Bienenstr. 196, wichtige Funktionärssitzung.
2. Abt. 20 Uhr bei Lehmann, Borsikstr. 7, Funktionärssitzung.
3. Abt. 20 Uhr Funktionärssitzung mit den Kandidaten-Beitern im Lokal Bog. Bismarckstr. 1.
4. Abt. 19½ Uhr bei Bulde, Müller Str. 27, Funktionärssitzung. Erscheinung aller dringend notwendig.
5. Abt. 17-18 Uhr bei Mittelhof, Cölnstraße, 1, Gde. Petersburger Straße, Funktionärssitzung.
6. Abt. Charlottenburg. 19½ Uhr bei Bode, Kaiserin-Wigula-Weg 22, Funktionärssitzung.

184. Abt. Buch. 20 Uhr bei Göttert, Am Bahnhof, Nordendstraße mit allen Funktionären.

22. Abt. Vom Karli für Arbeiterport und Körperpflege. Bezirk Friedrichshagen, werden am Sonntag, dem 6. Oktober, 10 Uhr, im Concertsaal-Gesäß, Androstr. 64, folgende Filme vorgeführt: 1. Amies Arbeiter-Turn- und Sportfest in Nürnberg. 2. Aus dem Alltag empör. Die Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. sind bei dem Genossen Tolchew zu haben. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Frauenveranstaltungen.

31. Abt. Die Genossinnen treffen sich heute, 18 Uhr, bei Goldschmidt, Cölnische Straße 26, zur Vorbereitung der „Frauentimme“.
32. Abt. Alle Genossinnen beteiligen sich an der Flugblattverbreitung. Ausgabe der „Frauentimme“ heute zwischen 19 und 20 Uhr im Lokal Krasnobarth, Paul-Einiger-Str. 42.

Jungsozialisten.

Gruppe Ketzlin. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Jugendheim Treptower Straße 96-98, Vortrag: „Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt“. Referent: Genosse Baukant.

Gesetz-Berlin. Aktion! Gruppenleiter im Jugendheim Lindenstraße 4, pünktlich 19½ Uhr, sehr wichtige Leseveranstaltung. Jede Gruppe muß zwei Vertreter schicken. Abend um 19 Uhr Arbeitsgemeinschaft.

Gruppe Ketzlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Jugendheim Cölnstr. 16, Vortrag: „Der Young-Pian“ (Kochschule). Referent: Dr. Denke.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Kreuzberg. Gruppe Südwest. Wir treffen uns Mittwoch, 2. Oktober, 8½ Uhr, am Jugendheim Perleberg, zur Fahrt nach dem Golfplatz Bergen, Teufelsberg und 30 Pf. mitbringen. Bei schlechtem Wetter bleiben wir im Heim.

Funkwinkeln.

In der Abendveranstaltung kontrastiert die Berliner Funkhunde unter dem Titel „Großstadtmusik“ zwei Komponisten, die auf den ersten Blick eigentlich nichts miteinander gemeinsam haben, Offenbach und Weill. Beim besten Willen kann man nicht behaupten, daß der aufstrebende Weill heute so etwas wie den modernen Offenbach repräsentiert. Andererseits muß man beobachten, daß sich der Rhythmus des ganzen Lebens verändert hat. Aber sonderbarerweise lebt in den Kompositionen Weills, die gar nicht als finale gedacht worden sind, etwas von dem Rhythmus der Offenbach'schen finale der großen Operetten. Doch Offenbach legt diese finale betont in Szene. Er stupft den Hörer darauf, jetzt kommt eine ganz große Sache, ein blendender Lantam, eine Polka, die alle mitreißt. Weill ist anspruchsloser. Pflöchlich taucht unvorbereitet ein Chanson auf, ein schillerndes Lied, bei dem eventuell Offenbach Parte gestanden haben könnte, fabelhaft instrumentiert. Und doch verschwindet diese Komposition in dem Gesamtwerk. Wir streben heute nicht mehr nach den noch letzter Publikumswirkung aufgebauten Ensembles der alten Oper, aber Chansons, Lieder, Jazzmusik, die uns ans Herz greifen, spielen dieselbe Rolle in neuer Gestalt. In einem Schallplattenkonzert singen zwei große Baritonisten, die leider nicht mehr unter den Lebenden weilen: Mattia Battistini und Joseph Schwarz. Der Italiener ist der Kühler, beherrscht die Technik virtuoso, spielt geradezu mit Wirkungen, aber Schwarz gibt viel mehr den Gefühlsinhalt einer Arie. Sein dunkel gefärbter Bariton vermag zu schluchzen, zu weinen, zu folgern. Zu erwähnen ist noch ein Vortrag des Genossen Dr. Walter Kratochiner. Zu Beginn der neuen Zeit am Montag, hingewiesen wurde hier auf Entwicklungsmöglichkeiten des jungen Menschen. Gewarnt wurde vor Berufen, die an Ueberfüllung leiden. F. S.

Kreis Ketzlin. Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr. Beisitzung bei Kitzel, Treptower Straße 102.
Gruppe Ketzlin. Heute, Mittwoch, 2. Oktober. Alle Beisitzungsleiterinnen erscheinen 18-19½ Uhr im Jugendheim. Letzte Beisitzung, Donnerstag, 3. Oktober. Treffen zur Schlußfeier 7½ Uhr Landberger Platz. Pünktlich sein. Nicht vergessen: Vork. Maßwein, Ramm, Schölder, Gschütz, Weill und Weillbuch. Stellen für Donnerstag und Freitag früh mitbringen. Ende der Fahrt Dienstag, 3. Oktober, 19½ Uhr. Donnerstag, 3. Oktober, via Dienstag, 3. Oktober. Sämtliche Gruppenveranstaltungen fallen aus. Achtung, Eltern! Die Kinder erwarten ihre Eltern am Sonntag in Pauen. Eltern können sich treffen zur gemeinsamen Fahrt 7 Uhr Schillerer Bahnhof, Eingang an der Koppenstraße. Rückfahrt nur für Hin- und Rückfahrt 12 bis 13 Uhr.

Geburtstage, Jubiläen usw.

24. Abt. Unserem lieben Genossen Karl Wille, Marienburger Str. 14, zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
25. Abt. Ketzlin. Unser Genosse Hermann Neumann, Ketzliner Str. 94, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Genosse Neumann war schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig und gratulieren wir ihm herzlich.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

31. Abt. Unser lieber Genosse, der Rentenkassenangehörige Hans Schulz jun., ist am Montagabend im Alter von 44 Jahren plötzlich verstorben. Erhe seinem Andenken. Einäscherung Sonnabend, 3. Oktober, 18 Uhr, im Armetorium Grottestraße.
34. Abt. Am 30. September verstarb unsere Genossin Dittke Stadler. Ihre ihrem Andenken die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 3. Oktober, 18 Uhr, im Armetorium Baumfalkenweg statt. Rege Beteiligung erwartet der Abteilungsleiter.
31. Abt. Ketzlin. Unser Genosse Leopold Tomaszewski, Hermannstr. 24, ist im Alter von 66 Jahren seinem Altersleben erlegen. Erhe seinem Andenken. Einäscherung am Mittwoch, 2. Oktober, 18½ Uhr, im Armetorium Baumfalkenweg. Rege Beteiligung wird erwartet.
30. Abt. Ketzlin. Die Einäscherung des am 26. September verstorbenen Genossen Gottschalk, Cölnstr. 31, findet heute, Mittwoch, 2. Oktober, 20 Uhr, im Armetorium Baumfalkenweg statt. Erhe seinem Andenken. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

8. 9. und Bezirksleiter: Morgen, Donnerstag, pünktlich 19½ Uhr, gemeinsamen Sitzung im Sitzungssaal des Bezirksverbandes Wandenburg, Eisenstr. 3.

Die Arbeitsgemeinschaft über „Wirtschaftliche und Wirtschaftsgeschichte“ (Beitrag: Genosse R. Abraham) hält ihre Vorbereitung heute, Mittwoch, 19½ Uhr, in der Schule Rodtstr. 13 (U-Bahn Rodtstr.) ab. Alle interessierten Genossen und Genossinnen, auch Anwärter, sind eingeladen. Die Anwesenheitsliste finden in der Folgezeit allmählich einmal statt. Der Tag der Zusammenkünfte wird auf der Vorbereitung festgemacht.

Abteilungsmitgliederversammlungen, heute, 19½ Uhr.

Westen I (R.-A.): Heim Bülowstr. 28. — Geländebereitungen Nr. Beim Christlichstr. 28. — Wedding: Beim Turiner Gde. Seestraße. — Weiskopf: Beim Tiltter Str. 4. — Charlottenburg-Nord: Beim Odersstraße (Gde. Spieglstr.). — Tempelhof: Beim Germaniastr. 4-6 (Eingang Rindbereri). — Ketzlin: Schule Rodtstr. 13-26. — Fichtenberg-Ritter: Beim Schornmeierstr. 29. — Kreuzberg: Beim Schornmeierstr. 29.

Konzert: Schule Cölnstr. 13. Generalsprobe zum Elternabend. — Ketzlin: Beim Weiskopf. 18. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. — Wandenburg: Beim Weiskopf. 1. Jubiläumsgedenken. „Der Schwarzmarl“. — Spandau: Beim Lindenauer 1. — Ketzlin: Nordstr. Potsdamer Str. 57 (Grotte). Vortrag: „Krieg und Krieg“. — Ketzlin: Beim Gartenbau (Grotte). Jubiläumsgedenken.
30. Abt. Ketzlin: Wir treffen uns zur Fahrt heute, Mittwoch, 8½ Uhr, am Schillerer Bahnhof.
Bezirksleiter: Sitzung des Abteilungsleiters im Jugendheim Ramm Str. 94, Baumfalkenweg. Aufgabe der Nachzügler der Fahrt: Fahrt von 18-19 Uhr in der Wandenburg. Parteisekretariat: Weiskopf, Ketzlin.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.): Zunächst teilweise heiter, später etwas wärmer, zunehmende Bewölkung und wieder Regen, aufziehende Winde. — Für Deutschland: Im Süden und Osten Nachlassen der Niederschläge, im West- und Mitteldeutschland wieder Eintrübung mit Regen. Windig, wärmer.



Die macedonische Tabak-Pflanze

verwandelt die Kraft der SONNE AUF MACEDONIEN in Aroma und Wohlbekömmlichkeit.

Der Macedonen-Tabak gilt als der beste, den die Erde hervorbringt, er gibt der OVERSTOLZ den herzhaft nussartigen Geschmack und macht sie besonders bekömmlich.

Haus Pflanzburg
• O • H • G •

Mittwoch & Donnerstag

„Lafu frei!“

für alle Jungens und Mädels die gut, nett und praktisch gekleidet sein sollen, ohne daß das so viel Geld kostet.

Unser Kindertag bietet dafür die beste Gelegenheit.

Entzückende Sachen – ebenso wie praktische, strapazierfähige – eine immense Auswahl – und dazu über alles Erwarten **niedrige Preise!**

Machen Sie sich und Ihren Kindern eine Freude und --

GEHEN SIE ZU

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

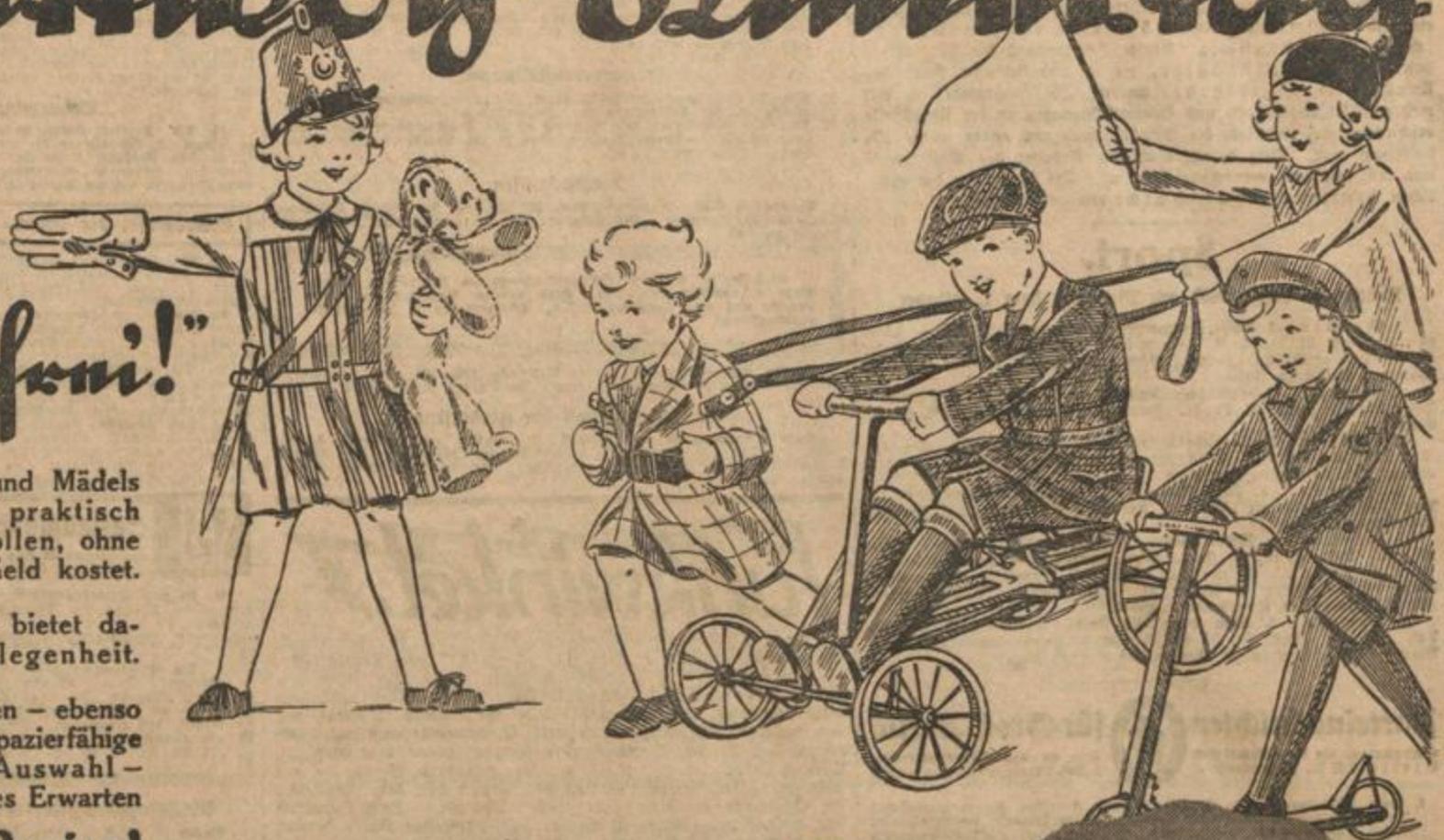
Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

C&A

BRENNINKMEYER

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Chausseestraße und Königstraße

Nachdruck von Wort und Bild verboten!



Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 2. 10.
Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 208
20 Uhr
Mona Lisa

Mittwoch, 2. 10.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
20 Uhr
Tyll

Staats-Oper
Am Pl.d.Republ.
Vorst. 57
19 45 Uhr
Der arme Matrose,
Spanische Stunde,
Angélique.

Staatl. Schauspiel.
am Gendarmenmarkt
A.-V. 164
20 Uhr
Weh' dem der lügt

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Treibjagd

Volksbühne
Theater am Blauwplatz
Täglich 8 Uhr
Dantons Tod
v. Georg Büchner
Regie:
Karl Heinz Martin

SCALA
Tägl. 2 Vorst.
8 und 6 1/2 Uhr
Barbarossa 1056
Wochentags 5 Uhr 50 Pl. bis 3 Mark
Tägl. 8 1/2 u. Sonnt. 5 Uhr 1 bis 6 Mark
Charlie Zivul, 3 Whirlwede, Long Tack Sam usw.

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Treibjagd
Stantsoper am Platz
der Republik
7 1/2 Uhr
Der arme Matrose
Spanische Stunde
Angélique

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
Alex. E. 4. 8066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Piscator-Bühne
8 Uhr
Der Kaufmann
von Berlin

Renaissance-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
STEMPELBRUDER
Schauspiel von Duschinsky.
Regie: Gust. Hartung.
Steinplatz 0 1, 9901 u. 7583/84.

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Marietta
Musik v. Oskar Straus
Käthe Dorsch
Michael Bohnen

Rose-
Theater, Große Frankfurter Str. 122.
Billett-Kasse: Alexander 5422
Täglich 8.15 Uhr
Die Weber
von Gerhart Hauptmann
Jeden Mittwoch 5.00 Uhr
Jeden Sonnabend 5.00 Uhr
und jeden Sonntag 2.30 Uhr
Schneewittchen

Direktion
Dr. Robert Kiels
Deutsches
Künstler-Theat
Barbarossa 3937
8 1/2 Uhr
Die andere Seite
Berliner Theater
Sönhofstr. 79 8 1/2 U.
Zwei
Krawatten
von Georg Kaiser
Musik Spoliansky

femina

Das Ballhaus Berlins
NURNBERGERSTR. 50 ECKE TAUENTZINSTR.
TELEFON BAVARIA 9436
2000 Sitzplätze
2 Riesenbars
4 Kapellen
JULIAN FUHS
JUAN LOSSAS
ERNST GEIGER
HERMANN LEOPOLDI
Täglich Tanz-Tee
GEDECK Nr. 2. 50
ab 8 Uhr abends
DIE ATTRAKTIONEN:
Selbstverständlich
Saalrohrpost und Telefon
von Tisch zu Tisch
Eröffnet!

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
tägl. 8 Uhr
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
Gesamt-Ausstattung: Prof. Ernst Stern.
3 Uhr Sonntag
nachmittag
ungef. halbe Preise

Reichshallen-Theater
Allabendl. Sonntag nachm.
Stettiner 50 Sänger
Jahre
Fest-Programm!
Nachmittags halbe Preise.
Dönhoff-Brett
Variété
Tanz-Konzert

Planetarium
am Zoo
Tägl. 16 1/2 Uhr Herbst-
abende am Stern-
hemel
18 1/2 Uhr Die 20 die
Größen der Welt
20 1/2 Uhr Räder des
Sternenraums
Tägl. außer Montags
u. Mittw. Erwauchs.
1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mittw.: Erwachsene
50 Pf., Kinder 25 Pf.
Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

GEORGE BANCROFT
Produktion
mit
Betty Compton
und
Olga Badanova
Regie:
Joseph v. Sternberg
Manuskript
von Jules Furthman
nach dem Roman
von John Monk Saunders
Schmidt-Sestler dirigiert
Paramount-Film im
Verleih d. Parufamet
Wochentags 7 15 9 15
Sonntag 5 15 7 15 9 15
GLORIA-PALAST
Vorverkauf von 12-2 (Bismarck 0360, 8576/77) u. Wertheim

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringstr. 87.
Unwiderruflich nur bis 3. Oktober
Wem gehört mein Mann!
Freitag, den 4. Oktober zum 1. Male
Vertagte Hochzeitsnacht!
Gutschein für 1-4 Personen
Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.
Suche tauschlose 1-5-Zimmer-
wohnung gegen Abstand
u. weißen Schein, möglichst im Bezirk
Kreuzberg od. Westen. Angebote m. Ab-
stand u. Friedensmiete an Kurt Rollen-
hagen, 5W 48, Friedrichstraße 219.
(Tel. Bergmann 9200)
Von der Reise zurück
Frauenarzt Dr. Aschheim

staubsauger
aller Systeme
auch
bis zu 18
Monats-Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Barnowsky-Bühnen
Theater in der
Königsgrünz Straße
8 1/2 Uhr
Hannibalante
portas
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Scribbys Suppen
sind die besten
Lustspiel von
Julius Berti

Kleines Theat.
Merker 1024
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
als
Kante
am Flügel
Rudolf Nelson

Lessing-Theater
Norden 10846
Gruppe Junger
Schauspieler
Täglich 8 1/2 Uhr
Cyankali
6 218
von Friedrich Weil

Theat. am Kond. T. 3
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 Uhr
auch Sonnt.
nachm. 3 U.
Elle-
Sänger
Der Doppel-
akt "Ein West-
re-ord d. Lach."

Agrarier und Arbeitslose.

Sozialdemokratische Abrechnung mit kommunistischer Demagogie im Reichstag.

Der Reichstag lehnte gestern die zweite Lesung der Abänderungs-gesetze zur Arbeitslosenversicherung fort.

Abg. Jäder (Soz.):

wiederholt noch einmal die Bereitwilligkeitserklärung der Sozialdemokraten zur Abstellung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung. Gegenüber dem, was alles in den letzten Jahren als Mißbrauch bezeichnet worden ist, muß gesagt werden, daß nur ein geringer Teil der gegen die Arbeitslosenversicherung erhobenen Anschuldigungen sich als wahr herausgestellt haben. Es ist da zu erinnern an das Märchen vom Dorf, in dem 2000 Landarbeiter gebraucht wurden und wo untertänige Arbeitslose die Aufnahme der Arbeit verweigert hätten. Ebenowenig entsprach den Tatsachen die Meldung der Berliner und ostpreussischen Presse vom vorigen Jahre, daß im Kreise Goldap Tausende von Morgen Land nicht hätten bestellt werden können, weil die in dem Kreise vorhandenen Unterstützungsempfänger keine Landarbeit leisten wollten. Das Landesarbeitsamt stellte fest, daß das Arbeitsamt Goldap noch nicht einmal in der Lage war, den arbeitslosen deutschen Landarbeitern Stellung zu vermitteln. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeitgeber erklärten, daß sie lieber polnische Arbeiter ein-stellen, weil diese billiger sind.

Gegenüber den Behauptungen von dem Sinken der Arbeitsmoral der Landarbeiter seit Einführung der Arbeitslosenversicherung können wir nur feststellen, daß die Arbeitsmoral bei den Arbeitgebern gesunken ist, bei den Arbeitern kann man ebenfalls feststellen, daß die Arbeitsleistung größer geworden ist, ohne daß, wie in der Industrie, die Arbeitsmethoden modernisiert worden wären. Den Beweis dafür erbringen die Jahresberichte der Krankenkassen.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer haben seit Jahren nichts dazu gelernt. Auf sie paßt immer noch der Ausspruch eines Rittergutsbesizers vom Jahre 1750, der erklärte, daß die Untertanen von der Borschung mit großer Weisheit zur Arbeit und zum Dienst bestimmt seien, weil eine Gleichheit der Stände nicht stattfinden könne. Die Arbeiter seien nur um der Grundbesitzer willen da, und daran könne kein vernünftiger Mensch zweifeln. Damit sie nicht frech und übermütig würden, sagt dieser Menschenfreund, dürften sie nicht mehr bekommen, als was unentbehrlich notwendig für sie sei. Dieser Ausspruch vom Jahre 1750 unterscheidet sich nicht wesentlich von einem Ausspruch des Rittergutsbesizers Bodelschwingh-Buda aus einer Tagung des Forstvereins im Jahre 1900, der behauptete, daß es ein Akt der Liebe sei, wenn man die Arbeiter darauf hinweise, daß Lohnsteigerungen nicht zu ihrem Segen gereichen. Der Kampf der Landwirtschaft und der Rechtsparteien um die Arbeitslosenversicherung ist auch ein Kampf gegen die wirtschaftliche und soziale Besserstellung des Landarbeiters.

Mit den Hungerlöhnen und dem Kampf gegen die Sozialpolitik macht man aber nur die von den Rechtsparteien so beflagte Landflucht.

Es hat sich herausgestellt, daß fast alle Fälle von angeblichen „Mißbräuchen“ als nicht bestehend ermittelt werden konnten. Die Untersuchungen haben fast reiflos ergeben, daß diese Mißstände in unerhörter Weise ausgebläht oder geradezu aus der Luft gegriffen wurden. Wehen Sie in die Häuser hinein, in denen Unterstützung notwendig ist und sehen Sie sich das graue Elend darin an, dann werden Sie nicht mehr solche Behauptungen aufstellen. Wenn man von Mißständen sprechen will, dann können wir uns viel eher an die Unternehmer wenden und ihnen sagen: „Die Mißstände sind vielmehr auf Ihrer Seite zu suchen, als bei den Arbeitern.“ Es sind aber auch Mißstände zu beseitigen, die in der Verwaltung der Reichsanstalt liegen. Die Verwaltung der Reichsanstalt muß ausgebaut werden, aber gerade dafür finden wir nicht das notwendige Verständnis bei den Unternehmern, insbesondere wenn es sich um Personalverweigerungen handelt.

Wenn die Reichsanstalt ihre Aufgaben wirklich erfüllen will, dann ist es notwendig, daß sie sich vorwiegend der Arbeitsvermittlung zuwendet.

Wenn Sie ihr aber das erforderliche Personal verweigern, dann dürfen Sie sich nicht darüber beklagen, daß sie ihren Aufgaben nicht nachkommen kann. In der Presse ist es allerdings von den Mißständen sehr zu ruhig geworden, daß man die Erparungen, die durch ihre Beseitigung erzielt werden sollen, gar nicht mehr in Rechnung setzt. Das ist auch ein Beweis dafür, daß die Mißstände, mit denen man in der Öffentlichkeit operiert hat, nur den Vorwand dazu abgeben sollten, den Kampf gegen die Sozialversicherung im allgemeinen zu führen.

Im Interesse der Selbstverwaltung und der lebendigen Verbindung der Reichsanstalt mit den ihr zugewiesenen Aufgaben können wir dem § 36 der Regierungsvorlage unsere Zustimmung nicht geben. Wir wünschen, daß die Möglichkeit der Unterbringung von Kräften aus der Wirtschaft in der Verwaltung der Reichsanstalt nicht unterbunden wird. Diesem Wunsche trägt die veränderte Ausschußfassung nunmehr Rechnung. Ebenso wünschen wir, daß der § 65a der Regierungsvorlage wieder hergestellt wird. Wenn Sie wirklich ehrlich besorgt sind, die Arbeitsmoral zu heben und Mißstände zu beseitigen, dann müssen Sie den Arbeitgebern Gelegenheit geben, den Arbeitswillen der Arbeitslosen zu prüfen. Dazu ist notwendig, daß die offenen Stellen den Arbeitgebern gemeldet werden. (Zurufe der Kommunisten.) Die Kommunisten haben wiederholt gegen unseren Antrag, die offenen Stellen zu melden, gestimmt oder sich der Stimme enthalten.

Bei der Prüfung des Arbeitswillens müssen Schilten vermeiden werden. Wir wissen, daß die Arbeitsämter hierbei zum Teil große Schwierigkeiten machen. Sie sollen nicht schematisch vorgehen, sondern die Verhältnisse individuell beurteilen. Die Deutschnationalen versuchen auch diesmal wieder, den Kreis der in die Arbeitslosenversicherung Einbezogenen zu verengen.

Sie haben beantragt, gewisse Gruppen von dem Genuß der Arbeitslosenversicherung auszuschließen. Wir Sozialdemokraten sind anderer Ansicht.

Nach unserer Überzeugung muß die Arbeitslosenversicherung auf alle Berufsgruppen ausgedehnt werden.

Wir beklagen es tief, daß die Landwirtschaft nicht reiflos in die Arbeitslosenversicherung einbezogen worden ist. Das vorliegende amtliche Material beweist, daß die bei den Beratungen im Jahre 1927 aufgestellten Behauptungen, in der Landwirtschaft gebe es keine Arbeitslosen, unrichtig ist. Die Berichte der Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter besagen, daß in diesem Jahre selbst während der Erntezeit nicht alle landwirtschaftlichen Arbeiter Arbeit finden konnten. Ich erinnere noch an das große Heer der ländlichen Dienstmoten, die heute von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Sie leiden vor allem in den Wintermonaten an Arbeitslosigkeit. Wenn man diese Arbeits-

kräfte auf die Dauer der Landwirtschaft erhalten will, dann muß man auch in den Wintermonaten für sie sorgen.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung alles getan, um Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung abzuwehren. Dieser unserer Aufgabe gegenüber der Arbeiterschaft werden wir treu bleiben. Wir haben dafür gesorgt, daß besonders für die Landarbeiterschaft keine Verschlechterung eintritt. Die von den Deutschnationalen beantragte Einführung von Erschlüssen würde die Verschlagung der Arbeitslosenunterstützung bedeuten. Wir haben es begrüßt, daß der Kreis der Versicherten durch Einbeziehung der besser bezahlten Angestellten erweitert wurde. Die Sozialdemokratische Partei wird weiter dafür kämpfen, daß die gesamte Landarbeiterschaft in die Arbeitslosenversicherung einbezogen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Schumann-Leipzig (Komm.) bringt Beschwerden vor gegen die Haltung mancher Beamten in den Arbeitsämtern. Der Redner erhält einen Ordnungsruf, weil er den Sozialdemokraten „Schandlosigkeit“ vorwirft.

Abg. Stöhr (Natsoz.) behauptet, daß die Annahme des Young-Planes automatisch zum Abbau der sozialen Leistungen führen müsse.

Abg. Frau Krenschke (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten und begründet kommunistische Forderungen.

Abg. Dr. Agens (Dnat.) führt aus, die Vorlage enthalte viele Bestimmungen, die der Landwirtschaft große Schädigungen zufügen. Eine Beitragserhöhung sei für die Landwirte ganz unannehmbar.

Abg. Behrens (Dnat.) behauptet, die Lage der Landarbeiter in der Arbeitslosenversicherung sei in der neuen Vorlage verschlechtert worden durch Beschlässe, die auch mit sozialdemokratischen Stimmen gefaßt worden seien.

Abg. Litte (Soz.):

entgegnet dem Abgeordneten Behrens: Wir haben dem Antrag zugestimmt, die Bestimmung über die Herabsetzung der in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte so zu gestalten, daß lediglich land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte versicherungsfrei bleiben. Dagegen sollen Stenotypistinnen, kaufmännische Angestellte und Handwerker, die zufällig in landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten, und für die bisher meist Versicherungsfreiheit bestand, bei der jetzigen Definition versicherungspflichtig sein.

Ueber die Art, wie die kommunistische Fraktion die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, wird die Arbeiterschaft dadurch getäuscht ins Bild gesetzt, daß sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten mit den gleichen Argumenten gegen die Sozialdemokraten zu Felde ziehen. In welcher Weise die Kommunisten ihre Behauptung, die Sozialdemokratie trete für den Unterlassungsabbau ein, sachlich fundieren, beweisen verschiedene Feststellungen, die ich machen konnte.

Ich habe gestern festgestellt, daß die kommunistische Vorherrschaft des Erwerbslosenausschusses Berlin-Brandenburg in einer Versammlung behauptete, die Sozialdemokratie unterstütze den Plan einer Senkung der Arbeitslosenunterstützungslöhe um die Hälfte. (Zurufe bei den Komm.) Die gleiche Auffassung hat, wie ich mir habe erlauben lassen, ein kommunistischer Abgeordneter auf der Reize nach Berlin vertreten. Das zeigt, mit welcher Genauigkeit die kommunistischen Abgeordneten und Berathungsgedner ihre Vorträge studieren. (Zurufe und Zurufe bei den Komm.)

Um auf einige Fragen des Regierungsentwurfes einzugehen, wo wir über die vorgesehene Formalisierung nicht erlautet sind, möchte ich hinweisen auf den Paragrafen, in dem die neue Definition der Arbeitslosigkeit enthalten ist. Die Bestimmung, daß als arbeitslos nicht gilt, wer im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern von Abstammung oder Geschwister den gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder mit erwerben kann, falls dies dem Beteiligten nach Lage der Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann, darf unseres Erachtens nicht so ausgelegt werden, daß die Voraussetzungen dazu schon gegeben sind, wenn die Betroffenen einfach in häuslicher Gemeinschaft leben.

Ich stelle dagegen mit Freude fest, daß der Beschluß des Reichsrats, die Sperrfrist bis auf 13 Wochen zu verlängern, durch unsere Bemühungen gefallen ist. Die Bestimmung, daß die Sperrfrist das Höchstmaß von sechs Monaten erreichen kann, wird von uns abgelehnt. Wir verlangen eine Höchstbemessung auf drei Monate.

Redner geht noch ein auf verschiedene ungünstige Formulierungen über „geringfügige Beschäftigung“ und über den Durchschnittsarbeitslohn. Wir haben schon erklärt, daß wir uns aufs Entschiedenste gegen die Berechnung der Unterstützungssätze nach dem Lohnniveau des Bahnarbeiters der Arbeiter wenden. Wenn schon die Saisonarbeiter in der Dauer der Unterstützungszahlung benachteiligt sind, so kann man sie unter keinen Umständen durch diese Bestimmung noch weiter in ihren Unterstützungslöhnen verkürzen.

Eine wichtige andere Frage ist bisher gänzlich unerörtert geblieben. Es handelt sich um den Verzicht der privaten Krankenversicherungsanstalten, die Krankenversicherung der Erwerbslosen in die Hände der sogenannten privaten Erschlüssen zu bringen. Ein dahingehender Vorschlag ist zum erstenmal im Sachverständigenausschuß bekannt geworden. Wir erklären, daß dem Vorhaben der Reichsanstalt vom Verbanne der privaten Krankenversicherungsanstalten ein Angebot gemacht wurde, das bezüglich der Krankenversicherung der Erwerbslosen wesentlich verbilligen sollte. Wenn man sich aber diesen Vorschlag auf seine Einzelheiten näher ansieht, so muß man feststellen, daß er wesentliche Leistungsänderungen für die Arbeitslosen bedeutet. Die privaten Krankenversicherungsanstalten haben nämlich nur die sogenannten Regelleistungen in Verbindung mit der Einführung eines neuen Pflegearztsystems für die Erwerbslosen in Vorschlag gebracht. Wir haben von vornherein angezwifelt, daß dieser Vorschlag im Einverständnis mit dem Verband der Ärzte Deutschlands gemacht wurde, da sich die Berufsorganisation der Ärzte schon aus gesundheitspolitischen Gründen von jeder gegen eine Herabsetzung des jetzigen Arztsystems gewandt hat. Dieser unserer Zweifel hat sich bestätigt durch die Äußerungen verschiedener Ärztezeitschriften, die erklärten, durch diesen Vorschlag überläßt zu sein, und die sich aufs Heftigste auch aus sozialpolitischen Gründen gegen ihn wehren. Der Verband der privaten Krankenversicherungsanstalten hat später ein Schreiben zu Protokoll gehen lassen, daß das Angebot macht, auch die Regelleistungen der Ortskrankenkassen aus der Krankenversicherungsordnung durchzuführen. Der Verband hat damit bewiesen, daß er über die tatsächliche Möglichkeit von Regelleistungen gänzlich unorientiert ist.

Meine persönliche Überzeugung ist es (Zuruf von den Komm.: Nur Deine persönliche Überzeugung), — ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat es nicht nötig, mit einem fix und fertigen Programm aus der politischen Karte von Moskau vor den Reichstag zu treten. Er braucht keine Angst zu haben, eines Tages weder Abgeordneter noch überhaupt Mitglied der RPD zu sein. (Zurufe bei den Komm.)

Meine persönliche Meinung ist es also, daß der Verband der privaten Krankenversicherungsanstalten mit seinem Angebot nur einen Schlag gegen die Krankenversicherung der Arbeitslosen führen wollte. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hat schon am 6. September nachgewiesen, daß die heutige Art der Krankenversicherung der Erwerbslosen die beste Regelung im Interesse der Erwerbslosen darstellt. Der Arbeitslose, der zu einem von der privaten Krankenkasse angestellten Bezirksarzt kommen würde, wäre von vornherein als Arbeitsloser stigmatisiert und würde auch dementsprechend behandelt werden.

Ich habe noch zu erklären, daß die kommunistische Fraktion hier im Reichstag viel energischer als im Sozialpolitischen Ausschuß auftritt. Das wundert mich nicht. Es mag daran liegen, daß im Sozialpolitischen Ausschuß wertvolle Sachverständigenarbeit verlangt wurde, und daß die Kommunisten gezwungen waren, mit den Sozialdemokraten die schwierigen Bestimmungen in ihren Einzelheiten durchzubetaten und zum Teil abzulehnen.

Ich glaube schon heute voraussetzen zu können, daß die deutsche Arbeiterbewegung von Tag zu Tag mehr wie früher das Urteil über die Kommunisten fällen wird. (Beifall bei den Soz. — Zurufe und Zurufe bei den Komm.)

Abg. Rödel (Komm.) erklärt, daß die Gesetzesvorlagen der kommunistischen Partei, die vorher allein im Sachverständigenausschuß beraten wurden, erst am 19. September zugegangen seien.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Behrens (Dnat.) und Schröder-Werleburg (Komm.) erhält das Wort der Abg. Riefenberg (Dnat.). Er kommt eilig in den Saal und sucht auf seinem Platz sein Manuskript. Unter großem Gelächter der Linken verzichtet er schließlich aufs Wort.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) protestiert gegen die Art der Verhandlungen.

Abg. Gerlach (Soz.):

Das Sondergesetz erscheint auch uns nicht als ideale Lösung. Wir sind aber der Auffassung, daß die von ihm vorgeschlagene Beitragserhöhung nicht schaden wird. Die Regelung des § 1, der wir zustimmen werden, halten wir für günstiger als die im vorigen Jahre. Wir halten es für richtig, daß bei der beruhsüblichen Arbeitslosigkeit die Unterstützungssätze auf Stufe VI—VIII gesetzt werden. Ein großer Vorteil ist der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung. (Zurufe bei den Komm.)

Ich wandle mich über Ihre Zurufe, da in Rußland für Saisonarbeiter überhaupt keine Unterstützung existiert.

Aber einer weitergehenden Belastung der Saisonarbeiter, wie sie verschiedene Anträge durch Verlängerung der Wartezeit und weitere Senkung der Unterstützungssätze eingeführt werden wollen, können wir kein Estfalls zustimmen. Die Sanierung der Reichsanstalt kann nicht vorgenommen werden auf Kosten eines anderen Lastenträgers.

Durch die Beschränkung der Mittel und der Leistungen der Reichsanstalt entsteht eine neue schwere Belastung der Gemeinden und Gemeindeverbänden, die heute schon einen überwiegenden Teil ihrer Wohlfahrtsausgaben an die sogenannten „Wohlfahrts-Erwerbslosen“ zu leisten haben.

Ich richte eine dringende Warnung an den Reichstag: Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht auf Kosten der Gemeinden vorzunehmen, wie das die Anträge der Rechten vorschlagen. Die Gemeinden müßten sich dann nach neuen Steuern umsehen, da bereits jetzt die Reichssteuerüberweisungen aus dem Finanzausgleich bei weitem nicht zur Deckung der kommunalen Wohlfahrtsausgaben ausreichen. Man müßte sich dann entscheiden, ob man den Reichsset im Sinne einer Erhöhung der Ueberweisungen ändern wollte, oder ob die Reichskasse direkt belastet werden soll.

Im Ausschuß haben wir darauf gedrungen, daß die verminderten Unterstützungssätze für die Saisonarbeiter nicht etwa unter die Sätze der Wohlfahrtsunterstützungen herabgedrückt würden, und die Sätze der Unterstützungsklassen VI und VII stehen bereits an dieser Grenze.

Man hat uns geantwortet, man müsse dann die Wohlfahrtsätze noch einmal überprüfen. Hier sieht man ganz deutlich, wo hinaus die Sozialreaktion will, gegen deren Vorköße wir uns auf das energischste wehren wollen.

Dem § 2 der befristeten Vorlage geben wir unsere Zustimmung, weil wir es nicht für unmöglich halten, daß größere Einzablungen in die Versicherung vor der Anspruchnahme geleistet werden müssen. Diese Bestimmung trifft nicht die Arbeiter, die bereits ihre Anwartschaft erworben haben, und nicht die Beihilfinge.

Der Grundgedanke, von dem wir und die freien Gewerkschaften ausgegangen sind, ist der, daß der einzige Weg zur Sanierung nicht Leistungsabbau, sondern Beitragserhöhung sein kann, und zwar nicht aus besonderer Liebe zum Leistungsabbau, sondern weil uns der Gedanke der allgemeinen Solidarität der Arbeiterschaft leitete.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

nimmt das Wort zu einer kurzen Erklärung auf die Anfrage Westarps. Er sei nicht in der Lage, jetzt schon über die Auswirkung von Beschlüssen zu sprechen, noch bevor diese Beschlässe gefaßt seien. Nach der Beschlußfassung sei er natürlich gern zu dieser Auskunft erteilung bereit.

Abg. Frau Leusch (Z.) weist kommunistische Anträge gegen die produktive Erwerbslosenfürsorge in Köln zurück.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, die Antwort des Reichsfinanzministers entspreche nicht den Anforderungen an eine sachgemäße Auskunft. Der Redner beantragt die Aussetzung der Beratung, bis die Forderungen eingereicht vorliegen.

Der Antrag Westarp wird abgelehnt.

Abg. Schmitt-Werleburg (Komm.) bekämpft die Bedürftigkeitsprüfung für die Saisonarbeiter.

Inzwischen sind einige Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei eingegeben. Das Haus verlagert sich um eine Stunde, damit die Abgeordneten nach Durchlegung der Anträge Gelegenheit haben, sie im einzelnen kennenzulernen.

(Vericht über die neue Sitzung im Hauptblatt.)

STAATL. FACHINGEN
Wirkt vorbeugend!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8366-61.

Der Elektroriese des Westens.

18 Millionen für RWE-Dividende. — Der Herd der Entkommunalisierung.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat nach den Angaben in seinem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht über das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1928/29 seine bisherige stürmische Ausdehnung weiter fortgesetzt. Das außerordentlich schnelle Tempo der Entwicklung dieses nominell überwiegend öffentl. wirtschaftlichen Elektroriesen wird durch folgende Ziffern und ihren Vergleich mit dem Jahre 1924/25 beleuchtet: Die nutzbare Stromabgabe stieg im letzten Jahr auf 2067 Millionen Kilowattstunden gegen 1448 Millionen im Vorjahr und nur 1099 Millionen 1924/25. Mit 1935 Millionen Kraftstunden überwiegt die Kraftabgabe ganz enorm die Lichtabgabe, auf die nur 132 Millionen Kilowattstunden entfallen. Einschließlich der Konzernwerke erhöhte sich die Stromabgabe gegenüber dem Vorjahr von 2100 auf 2700 Millionen Kilowattstunden, die insgesamt ins Reg. geschickt wurden.

Expansionen auf Kosten der öffentlichen Wirtschaft.

Der Bericht gibt ein Bild davon, in wie starkem Ausmaß die Finanznot der Gemeinden und auch gemeindlichen Zweckverbände im vergangenen Jahre wieder die Expansion des vom RWE versorgten Gebietes erleichtert hat, wobei nicht übersehen zu werden braucht, daß Anschlüsse an das RWE auch aus technisch und wirtschaftlich zweckmäßigen Gründen erfolgten. Die Angliederung von Kraftwert und Ueberlandversorgung der Stadt Trier, die Anlagen des Elektrizitätszweckverbandes St. Goar und des gleichen Verbandes Bacharach, die Angliederung der Kraftwertzukunft L.-G. Beilweiler, der Elektrounternehmungen des Landkreises Bären waren großenteils ohne den Druck der öffentlichen Finanznot kaum erfolgt. Im Süden wurde die Gewerkschaft Osttaunus in Dettingen bei Wschaffenburg erworben. Von privaten Werken gingen allein der Betrieb des Kraftwerkes der L.-G. für Stickstoffdünger in Knapack an das RWE über.

Leistung und Kraftwerkleistungen wurden infolge der starken Expansion weiter entsprechend ausgebaut, so daß zum Ende des Geschäftsjahres die in Betrieb befindlichen und der Fertigstellung entgegengehenden Kraftwerke eine Leistung von 1,06 Millionen Kilowatt erreicht haben; 1,20 Millionen Kilowatt wird die RWE-Leistung betragen, sobald die neuerlich gegründeten Werke ihre volle Leistung erreicht haben werden. 1924/25 betrug die Gesamtleistung erst rund 0,47 Millionen Kilowatt. Die härtesten Ausbauten wurden im Süden vorgenommen. (Schlußwerk L.-G. Aarabergwerke L.-G., Rheinwerkwerk Albrunn-Dobers, Karamer L.-G. in Brugg-Schweiz). Bemerkenswert dabei ist die immer stärkere Festsetzung in der Schweiz selbst und den benachbarten Teilen der Alpen.

Die Industrielieferung wurde ausgebaut; mit der A. G. Harzenindustrie L.-G. wurden langjährige Lieferungsverträge abgeschlossen, mit der Vereinigten Stahlwerke L.-G. für sämtliche Unternehmungen des Trustes ein 10jähriger Lieferungsvertrag, der die Bergförderung der Eigenanlagen des Ruhrmontantrusts überläßt. Das RWE erwartet in der nächsten Zeit bereits die Uebererschreitung der Dreimilliardengrenze an nutzbar geleisteten Kilowattstunden. Zur Steigerung des eigenen Absatzes, aber auch in der Erwägung, der Unpopularität des RWE, etwas entgegenzuwirken, hat das RWE auch die Abnehmerpreise der Kleinverbraucher im vergangenen Jahre etwas ermäßigt. Wir haben freilich vor kurzem schon die Bedeutung dieser Zugeständnisse auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und die Behauptung zurückweisen müssen, daß das RWE mit seinen Preisen einen Billigkeitsrekord für Deutschland aufgestellt habe, eine Behauptung, die auch in dem diesmaligen Geschäftsbericht wiederholt wird.

Die seinerzeit hart umkämpfte Gründung der Westdeutschen Elektrizitätswirtschafts A.-G. wird im Bericht mit der Bemerkung begleitet, daß durch sie eine Zusammenarbeit der Großkraftwirtschaft in Deutschland in die Wege geleitet sei. Diese Bemerkung ist ebenso anpruchsvoll als irreführend, weil der störende Charakter dieser Gründung verschwiegen und nicht verraten

wird, weshalb durch diese Gründung eine organische Großkraftwirtschaft in Deutschland gefördert werden könnte.

Der Größe des Unternehmens entsprechen die Riesenziffern der Bilanz.

Das Aktienkapital ist gegenüber dem Vorjahr von 155 auf 181, der Reservefonds von 30 auf 37, die Summe der Darlehen von 102 auf 184 Millionen Mark erhöht, so daß sich das arbeitende Eigen- und langfristige Fremdkapital in dem einen Jahr 1928/29 von 287 auf 402 Millionen Mark vermehrt hat. In den Aktien ist die Bewertung der eigenen Betriebe von 353 auf 463, die Bewertung der Effekten und Beteiligungen von 88 auf 127 Millionen gestiegen. Der hohe Börsenkurs der RWE-Aktien, die lukrative Abschreibungspolitik und die weitgehend durchgeführte Selbstfinanzierung machen es selbstverständlich, daß diese Werte riesige stille Reserven enthalten.

Die Gewinnrechnung zeigt, daß der offen ausgewiesene Reinüberschuß gegenüber dem Vorjahr von 15,3 auf 20,3 Millionen erhöht ist, wovon 18,1 Millionen an die Stammaktionäre verteilt werden, die zum erstenmal eine Dividende von 10 Proz. erhalten, nachdem in den vorhergehenden vier Jahren zweimal je 8 und zweimal je 9 Proz. zur Verteilung gekommen waren. Die offenen Abschreibungen sind von 16,6 auf 21,6 Millionen gestiegen, die mit den auf 18,7 Millionen erhöhten Verwaltungskosten von den auf 60,7 Millionen gestiegenen Betriebsgewinnen und Zins-einnahmen (im Vorjahr 48,4) in Abzug gebracht sind.

Zur Politik des RWE.

Auch im vergangenen Jahre war die Politik des den Interessen der Schwerindustrie verschriebenen RWE-Präsidiums wieder alles andere als erfreulich. Von dem nunmehr vorhandenen Einfluß des preussischen Staates im RWE-Präsidium konnte man angesichts der starken zahlenmäßigen Unterlegenheit der Staatsvertreter naturgemäß noch nicht viel merken. Nominell sind auch heute noch rund 75 Proz. des RWE-Kapitals im Besitz der öffentlichen Hand. Aber die Politik des RWE ist nichts destoweniger rein privatkapitalistisch. Das RWE ist trotz des nominell überwiegenden öffentlichen Einflusses ein Montanmagnaten- und Kirchengut, in dessen Aufsichtsrat von heute von 106 Köpfen gut 75 Proz. der Mitglieder dem Privatkapital bis in die Knochen ergeben sind bzw. ergeben sein müssen, nach dem der ebenso sanfte als ungeheuer fühlbare Zwang des rechten Schwerindustriellen Zentrumsflügels den Vertretern der öffentlichen Interessen jede Initiative gegen die schwerindustriellen Interessen unmöglich macht. Immer noch ist das RWE ein gewaltiges warnendes Beispiel dafür, wie sehr gemischtwirtschaftliche Betriebe, selbst bei starker kapitalistischer Ueberlegenheit der öffentlichen Hand, ausschließliche Domänen des hochkapitalistischen Herrscherwillens zu sein vermögen.

Unvergessen ist dem RWE die brutale Saaregpanion des Vorjahres, bei der mit baltischen Guerillamethoden die Westherrschaft des RWE, auch auf Kosten des schwer leidenden Saargebietes kompliziert werden sollte. Auch jetzt laufen noch Verhandlungen wegen des Saargebietes, und die Öffentlichkeit muß erwarten, daß der Expansionswille der Ruhrleute vor den Existenzbedürfnissen des Saarvolkes wenigstens dieses Mal den nötigen Respekt haben wird.

Leider ist zu erwarten, daß das RWE, die künstlich und in ungeredeter Weise geförderte Finanznot der Gemeinden zu weiteren Ver suchen der Entkommunalisierung ausnützen wird. Es ist auch zu befürchten, daß die vergeblich in Abrede gestellten neuen Kapitalbeschaffungen zur Zurückdrängung des öffentlichen Einflusses unter Hinweis auf die öffentliche Finanznot weiter benutzt werden.

Die Öffentlichkeit hat also ein sehr starkes Interesse daran, in ihrer Aufmerksamkeit gegenüber der Politik des RWE. daran zu ermahnen und alle Kräfte darauf konzentriert zu wünschen, trotz der erschweren Lage der öffentlichen Wirtschaft den öffentlichen Interessen nicht unbeschränkt Schaden zufügen zu lassen.

Reichstohlenverband / Genossenschaften

Angriffe gegen den Reichstag. — Was sagt der Reichswirtschaftsminister?

Der Reichstohlenverband ist aus dem Gedanken heraus geboren, beaufsichtigend, vermittelnd und ausgleichend in der gesamten Kohlenwirtschaft zu wirken. Das ist immer wieder bei der Schaffung des Kohlenwirtschaftsgesetzes unterstrichen worden. Leider muß man sehr oft feststellen, daß sich dieser Gedanke noch nicht befriedigend durchgesetzt hat.

Der Reichstag

nahm in seiner Sitzung vom 26. Juni 1929 auf Grund eines Beschlusses des Volkswirtschaftlichen Ausschusses einen Antrag an, der die Reichsregierung ersucht, dem § 63 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz folgende Fassung zu geben: „Er sorgt dafür, daß die Vereinigung der Verbrauchergenossenschaften die von ihnen benötigten Mengen zu den gleichen Preisen und Lieferungsbedingungen erhalten wie der Handel; die Einhaltung von Mindestpreisen darf ihnen nicht auferlegt werden.“ Weiter soll nach dem vom Reichstag angenommenen Antrag die Reichsregierung dahin wirken, daß „den Wirtschaftszentralen der genossenschaftlichen Zentralverbände von den Syndikaten der Kohlenwirtschaft die Mengen an Steinkohlen und Braunkohlen bereits zugewiesen werden, die zur Deckung des eigenen Bedarfs der angeschlossenen Genossenschaften erforderlich sind, sofern nicht durch Winderzeugung eine Kürzung erfolgen muß.“ Endlich wird gefordert, daß die „Gleichstellung der genannten Wirtschaftszentren mit dem privaten Großhandel restlos durchgeführt und denselben für ihre Bezüge an Stein- und Braunkohlenbriketts für gewerbliche Zwecke der Industriepreise eingeräumt wird.“

Gegen die Ausführung dieser Beschlüsse

hat sich nun der Reichstohlenverband in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister gewandt. Dieses Schreiben atmet den Geist der Gegnerschaft gegen die Genossenschaftsbewegung. In ihm steht unter anderem folgendes: „Der Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses, den der Reichstag zum Beschluß erhoben hat, ist also kurz dahin zusammenzufassen, daß die in Zentralstellen vereinigten Genossenschaften sich in Zukunft um die Beschaffung des von ihnen benötigten, gewünschten und bevorzugten

Brennstoffes nicht mehr zu sorgen brauchen; es muß ihnen vor allen anderen Verbrauchern sowohl nach Menge wie nach Art geliefert werden, was sie wünschen und wann sie es wünschen, und zwar zu den billigsten Großhandelspreisen, und dies, ohne daß sie sich irgendwie vertraglich zu binden brauchen. Dies und nichts weniger bedeutet der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses. Um die anderen Verbraucher, die Bürger zweiter Klasse, braucht sich nach Ansicht der Antragsteller die Reichsregierung nicht zu kümmern.“

Die maßgebenden Leute im Reichstohlenverband müssen nun ohne Zweifel was von der Organisation der Genossenschaften wissen. Sie werden auch wissen, daß z. B. die Großhandelsfirma Deutsche Konsumvereine (D.K.V.) durchaus für die Innehaltung kaufmännischer Grundsätze bürgt. Trotzdem stellt die Eingabe es so hin, als ob durch Verwirklichung der Reichstagsbeschlüsse eine Anarchie einreißen würde. Um gegen den Reichstagsbeschluß scharf zu machen, beruft sich die Eingabe auch auf die Reichsverfassung; nicht wieder gutzumachende Schäden würden für die Syndikate bzw. für den deutschen Bergbau entstehen, wenn die Reichstagsentscheidung Gesetz wird. Nun besagt der Artikel 156 der Verfassung, daß „die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen auf ihr Verlangen unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern sind“. Die Kohlenwirtschaft ist doch wohl ein Stück Gemeinwirtschaft. Die Genossenschaften verlangen damit also nur das, worauf sie auf Grund der Verfassung Anspruch haben.

Ein besonderes Stückchen

erlaubt sich der Reichstohlenverband in seiner Eingabe, indem er auf den bestehenden Schlichtungsausschuß verweist und aus der geringen Inanspruchnahme dieser Schlichtungsstelle durch die Genossenschaften folgert, daß die Genossenschaften durchaus zu ihrem Recht gekommen seien. Diese Logik ist doch etwas gewagt. Wenn die Genossenschaften wirklich zu ihrem Recht gekommen wären, dann hätten sie gar keine Veranlassung, den jetzigen Zustand zu ändern. Im Reichstohlenverband wird man wohl am besten wissen, wie die

Dinge liegen, und die spärliche Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses scheint uns ein Zeichen dafür zu sein, daß man in Kreisen der Genossenschaften nicht das nötige Zutrauen zu ihm hat. Die Eingabe des Reichstohlenverbandes an den Reichswirtschaftsminister ist auch keineswegs geeignet, hier Wandel zu schaffen.

Zum Schluß noch eine Frage an den Reichswirtschaftsminister: „Was ist mit der Eingabe des Reichstohlenverbandes geschehen?“ Wir können uns nicht denken, daß das Reichswirtschaftsministerium allein auf Grund der Eingabe des Reichstohlenverbandes seine Stellung festlegen wird.

Wirtschaftslage im September.

Gute Konjunktur unter relativ steigender Arbeitslosigkeit.

Die Angaben des Septemberberichts der Preussischen Industrie- und Handelskammer unterstreichen die Tatsache, daß die industrielle Beschäftigung auch im September günstig geblieben ist, ohne daß man in den Ziffern der Beschäftigten im Vergleich mit dem Vorjahr die entsprechende Entlastung der Arbeitsmärkte feststellen könnte. Die arbeitstägliche Kohlenförderung an der Ruhr blieb nur um 2000 Tonnen gegenüber dem Augustdurchschnitt zurück; die Lage im Braunkohlenbergbau blieb befriedigend. Der Fallabgang wird im September den vom August übertreffen. Der Eisenmarkt blieb weiter gut. Maschinenbau, Elektrotechnik, Textilindustrie haben sich entweder nicht verschlechtert oder leicht gebessert. Nur in der chemischen Industrie, der Autoindustrie und auf dem Baumarkt herrschte eine leichte Verschlechterung des Geschäftsganges, die zum Teil aber schon saisonmäßig ist.

Dieses günstige Gesamtbild wird durch die Konjunkturziffern im Monat September, die erheblich gegenüber dem August zurückgegangen sind, weiter beleuchtet. Der September brachte 657 neue Konturufe und 364 Vergleichsverfahren. Im August waren die entsprechenden Ziffern mit 739 bzw. 492 erheblich höher.

Bermahlungszwang und Mühlenkontrolle.

Die bisherige Wirkung. — Offizielle Feststellungen.

In Durchführung des Bermahlungszwangsgesetzes hat die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft im Auftrage der Reichsregierung am 1. August mit der Mühlenkontrolle begonnen und bis zum 29. September 59 Mittel- und Großmühlen überprüft, von denen der überwiegende Teil im Westen und Nordwesten des Reichsgebietes liegt. Hier von haben 29 Mühlen 40 v. H. und mehr Inlandsweizen vermahlen, während 30 Mühlen, die in der Hauptsache am Rhein und an der Küste liegen, bis zu dem Tage, an dem sie überprüft worden sind, diesen Bermahlungsgrad noch nicht erreicht hatten. Von diesen Mühlen haben 14 zwischen 30 und 40 v. H., 12 zwischen 20 und 30 v. H. und der Rest unter 20 v. H. Inlandsweizen vermahlen. Hierbei handelt es sich um Mühlen von einer Kapazität zwischen 25 und 750 Tonnen, wovon 10 Mühlen eine Kapazität von über 200 Tonnen und 14 Mühlen eine Kapazität zwischen 100 und 200 Tonnen täglich aufweisen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft will an der vollen Erfüllung der Quote festhalten. Aus den bisherigen Ergebnissen kann aber bereits festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil der größeren Mühlen schon einen wesentlich höheren Anteil an Inlandsweizen vermahlen hat als im Vorjahr. Eine weitere Verschärfung des Bermahlungszwangs ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Baubilanz bis Ende Juli.

Unsichere Zukunft.

Vom Deutschen Bauwerksbund wird uns berichtet: Auch bis Ende Juli war es noch nicht gelungen, das bis um die entsprechende Zeit des Vorjahres abgewickelte Bauvolumen zu erreichen. Im Industriebau hat sich der Umfang der in Angriff genommenen Bauvorhaben gegenüber dem Mai um 16 Proz. erhöht, doch blieb die Erhöhung auf den bis Ende Juni abgelaufenen Fehlbetrag von 0,98 Millionen Kubikmeter nahezu ohne Einfluß. Ausgesprochen günstig war die Lage im groß- und mittelstädtischen Wohnungsbau. Die Vollendungen waren höher als in den früheren Monaten des Jahres; der Ausfall gegenüber dem Vorjahr, der Ende Juni mit annähernd 10 000 Wohnungen einen Rekordstand erreicht hatte, ist daher sichtbar — um zirka 1000 — zurückgegangen. Die Beginne sind auch weiterhin gestiegen; mit einem Mehr von zirka 20 000 wird das Ergebnis des vorjährigen Bestandes um mehr als ein Drittel übertroffen. Die Bautätigkeit für die öffentliche Hand zeigt seit Juni sowohl in Beginnen als auch in Vollendungen einen starken Rückgang.

Die Aussichten für die Zukunft haben sich weiter verschlechtert. Der Umfang der genehmigten Industriebauten ist wieder gesunken; der Ende Juni vorhandene Fehlbetrag ist um über zwei Drittel gewachsen. Da auch der Bestand an aus dem Vorjahr übernommenen unfertigen Bauten zusammenzuschmelzen beginnt, wird der Industriebau auch von hier aus mit Einlen seiner Beschäftigung zu rechnen haben. Nicht günstig ist auch die Beschäftigung seitens der öffentlichen Hand; möglicherweise sind hier schon Auswirkungen des Bestrebens, mit den Aufträgen erst im Winter herauszukommen, im Spiel. Mit anhaltender Beschäftigung ist bestenfalls allein im groß- und mittelstädtischen Wohnungsbau zu rechnen. Die Zahl der Wohnungen, die der Vollendung harren, ist mit mindestens 20 000 zu veranschlagen. Offen bleiben muß aber, ob die Lage des Realcreditmarktes nicht zu einer Einschränkung führen wird. Die bestehenden Spannungen sind jedenfalls sehr groß; symptomatisch hierfür ist, daß der Bestand an ausgenutzten Erlaubnissen immer noch um ein Mehrfaches höher ist als im Vorjahr.

Der Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen im Reichswirtschaftsrat ist mit Erhebungen über das Zustandekommen der Miethöhen in einer großen Anzahl von Städten befaßt. Er hat für seine Untersuchungen gemeinsam mit der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen einen Fragebogen über Wohnungsbaukosten, Finanzierung, Lastenberechnung und Mietsfestsetzung ausgearbeitet, der in nächster Zeit an die einzelnen deutschen Städte zur Verendung gelangen wird.

Die Bant der Reichsbahn zahlt wieder 12 Proz. Dividende. Die Deutsche Verkehrs-Kreditbank in Berlin, das Bankinstitut der Deutschen Reichsbahngesellschaft, ist mit der Entwicklung ihres Geschäfts im letzten Jahr sehr zufrieden. Sie kann das Geschäftsjahr 1928/29 auch mit einem von 1,17 Millionen auf 1,19 Millionen erhöhten Reingewinn abschließen und die gleich hohe Dividende von 12 Proz. wie im letzten Jahr verteilen. Der wichtigste Geschäftszweig der Bant besteht im Frachtfuhrungs-geschäft. Nach dem Verwaltungsbericht stieg sowohl die Zahl der angeschlossenen Verfrachter, wie auch die Summe der in Anspruch genommenen Stunden. Auch der Anteil der in diesem Geschäft umgesetzten Frachtfuhrungen ist gegenüber den gesamten Frachteinahmen der Reichsbahn weiter gewachsen. Bemerkenswert sei der steigende Anteil des Expressverkehrs sowie die zunehmende Anwendung des Frachtfuhrungsgeschäftes für bestimmte Sammelbeförderungen im Personenverkehr, wie Reisegeellschaften, Arbeitertransporte, Sonbergüge usw.

Mahatma Gandhi

Zu seinem 60. Geburtstag am 2. Oktober

„Ruhige, braune Augen. Ein kleiner, schwächlicher Mann, das Gesicht mager, die Ohren groß, abstehend. Der Körper in rauhe, weiße Stoffe gekleidet, mit nackten Füßen. Er nährt sich von Reis und Früchten, trinkt nur Wasser, ruht auf dem kalten Boden, schläft wenig, arbeitet unaufhörlich. Der Körper spielt keine große Rolle. Was sofort ins Auge fällt, ist der Ausdruck großer Geduld und großer Liebe. Er ist sanft und höflich selbst mit seinen Gegnern.“ So beschreibt Romain Rolland Mahatma Gandhi, den großen indischen Nationalisten und den Apostel einer neuen Ethik, der jetzt seinen 60. Geburtstag begeht. Sein richtiger Name lautet Mohandas Karamchand Gandhi. Mahatma, wie man ihn allgemein in Indien nennt, bedeutet ungefähr: „große Seele“ oder „Heiliger“. Von englischer Seite — die ihm gewiß nicht wohlgesinnt ist — hat man diesen Mann zuweilen mit dem heiligen Franz von Assisi verglichen; sein reines Leben und seine gewaltige Wirkung auf das große indische Volk haben zu diesem Vergleich herausgefordert, der einem Europäer zunächst schwer fällt, wenn er Gandhi zum erstenmal sieht. Denn der indische Nationalheld ist, groß gesagt, häßlich, sieht halb verhungert aus und macht, da er gewöhnlich mit nacktem Oberkörper auch in der Öffentlichkeit auftritt, keinen sehr großartigen Eindruck. Aber nur ein Mensch mit eben dieser körperlichen Beschaffenheit konnte den Weg zum Herzen des hungriigen indischen Volkes finden. Wenn sich in einem indischen Dorf 100 Männer versammeln, so sehen 95 ebenso mager wie Gandhi aus, so fehlen diesen wandelnden Gerippen gleichfalls viele Zähne im Mund und Haare auf dem Kopf. Die Bewohner des „reichen“ indischen Landes sind arm, und nach jahrhundertelanger Knechtschaft sind sie misstrauisch gegen die schönen Reden wohlgenährter Männer, die die Not der Unterernährten nicht verstehen können. Gandhi dagegen dürfen sie glauben schenken, denn man sieht ihm an, daß er Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut ist.

Am 2. Oktober 1869 wurde Gandhi als Sohn einer Kaufmannsfamilie in Porbandar an der indischen Westküste geboren. Er besuchte zunächst indische Universitäten und wurde dann von seinen Eltern nach London geschickt, um dort die juristische Schulprüfung zu bestehen. Politischen Ehrgeiz schien der junge Mann nicht zu haben, der sich in Bombay als Rechtsanwalt niederließ und bald recht zufrieden mit seiner aufblühenden Praxis sein durfte. Aber Gandhi war ein unruhiger Geist, dem es in seiner Heimat zu eng wurde. Er ging nach Südafrika und widmete sich dort fast ausschließlich der Aufgabe, die Rechte der ausgebeuteten indischen Kulis gegen die Engländer wahrzunehmen. Von 1893 bis 1914 wirkte er als Advokat in Südafrika, und dort vollzog sich allmählich eine bedeutsame innere Wandlung. Als treuer Untertan der britischen Krone war er nach Afrika gegangen, in der Überzeugung, daß bestehende Mißstände des englischen Kolonialsystems auf friedlichem Wege, durch Verhandlungen und durch Darlegung der Sachlage in London abgestellt werden könnten; als halber Revolutionär verließ er den afrikanischen Kontinent. Während des Burenkrieges im Jahre 1899 bot Gandhi der Regierung seine Dienste an, organisierte freiwillig eine Sanitätsabteilung und nahm an mehreren Gefechten teil. Auch im Jahre 1906, als die Zulus in Aufruhr gerieten, tat sich der indische Rechtsanwalt in der Krankenpflege so hervor, daß sein Name in mehreren Kampferichten genannt wurde, und Gandhi erhielt sogar britische Orden. Lord Harding verlieh ihm für seine südafrikanische Wirksamkeit die goldene Kaiserin-Victoria-Medaille. Gandhi träumte damals davon, daß

die Indier durch lokales Verhalten ihre politische Stellung verbessern könnten, und er hoffte, daß die britischen Nachbarn diese braunen Untertanen nicht mehr als Menschen zweiter Klasse ansehen würden. Im Jahre 1914 kehrte er nach Indien heim und bildete auch dort eine Sanitätsabteilung für die englischen Truppen; sogar im Jahre 1918 setzte er sich noch für die Engländer ein und warb für die Aufstellung eines indischen Armeekorps, nachdem Lord Chelmsford auf einer Konferenz in Delhi die Notwendigkeit neuer Hilfstruppen für die britische Kriegsführung dargelegt hatte.

Das war Gandhis letzter Versuch, England auf legale Weise zur Aufgabe der bisher geübten Methoden der Kolonialpolitik zu bewegen. Als die Engländer ihre im Krieg gegebenen Versprechungen nicht hielten, war Gandhi endlich davon überzeugt, daß auf Dankbarkeit in der Politik nicht zu rechnen sei. Er stellte sich an die Spitze der extremen Nationalisten, nahm Freiheitsstrafen ohne Widerspruch in Kauf und entwickelte in der Bekämpfung der britischen Herrschaft eine Energie, die man dem schwächlichen Mann niemals zugeordnet hätte. Von der Gewalt der Waffen hielt Gandhi nichts; er predigte — eine Art indischer Tolstoi — die Abkehr von der Gewalt, verlangte aber von allen Indern, nicht länger mit den Engländern zusammenzuarbeiten, die Steuern zu verweigern, keine englischen Waren zu kaufen und besonders auf die englischen Textilien zu verzichten, damit der britische Imperialismus keinen Vorteil mehr aus der Verwaltung Indiens ziehen könne. Das war, europäisch ausgedrückt, die Proklamation des passiven Widerstandes. Mit dieser Methode wurden große Erfolge erzielt, aber der endgültige Sieg konnte nicht errungen werden, und schließlich ist Gandhis System zusammengebrochen. Man weiß heute in Indien, daß Englands Herrschaft nur gewaltsam gestürzt werden kann, ist sich aber bemüht geblieben, daß der wirtschaftliche Boykott ebenfalls eine scharfe Waffe ist. Gandhi setzte sich besonders für den Wiederaufbau der Heimindustrie ein, für die Benutzung des alten indischen Spinnrades, mit dem auch in seiner Schulsiedlung gearbeitet wird, um dem ganzen indischen Volk ein Beispiel zu geben, auf welche Weise die englischen Webwaren ersetzt werden können, und tatsächlich ist die Einfuhr von Textilien nach Indien wesentlich zurückgegangen.

Die wiederholten Verhaftungen und Einkerkierungen Gandhis haben sein Ansehen im Lande nur erhöht und es ihm möglich gemacht, sich gegen alte indische Traditionen aufzulehnen, ohne an Autorität einzubüßen. Als die stärkste Stütze der britischen Herrschaft betrachtet Gandhi die Zersplitterung des Volkes, die durch die Kasteneinteilung bedingt ist. Nach der Religion der Hindus ist es den Mitgliedern der vornehmen Kasten unterlag, mit der untersten Schicht des Volkes, den „Unberührbaren“, in irgendeiner Verbindung zu treten. Wer ihnen die Hand gibt, sich mit einem Mitglied dieser Schicht von 60 Millionen Menschen auf eine Bank setzt oder in demselben Hause wohnt — von einer Eheschließung ganz zu schweigen — wird als unrein betrachtet. Gandhi hat es jedoch gemagt, sich unter die „Unberührbaren“ zu mischen, und hat überhaupt religiöse Lehrsätze gepredigt, sehr zum Mißvergnügen der Brahminen, die eifersüchtig ihre Vorrechte hüten. Zweifelslos hat seine Wirksamkeit eine Renaissance des indischen Volkes auf religiösem, sozialem und politischem Gebiet eingeleitet, eine Bewegung, die erst in ihrem Anfangsstadium steht, aber wohl dazu berufen ist, das Leben dieses Volkes grundlegend umzugestalten. Es ist also verständlich, daß man ihn wie einen Heiligen verehrt. Ernst Rottenberg.

Rekonstruierte Vorgeschichte

Stephen C. Simms, der Direktor des Museums von Chicago, darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als erster die prähistorische Geschichte der Menschheit plastisch veranschaulicht zu haben. Er hat die berühmte, im französischen Departement Dordogne gelegene Grotte Le Mouster in Chicago wieder aufgebaut und mit einer Gruppe von Menschen bevölkert, die eine Familie der Neandertalrasse verkörpern, der ältesten Menschenteile, deren Spuren man gefunden hat. Um die Ausführung der originellen Idee haben sich als Berater und Sachverständige Arthur Keith und Elliot-Smith von der medizinischen Fakultät der Londoner Universität, sowie der Professor am Museum in Paris, Marcel Boule, und der Abbé Breuil, der auf dem Gebiet vorgeschichtlicher Archäologie als besondere Autorität gilt, sehr verdient gemacht.

Der aus Europa gebürtige Bildhauer Frederick Blachère aus New York, der von Professor Field geleiteter Expedition des Museums von Chicago angehört, hat die Gruppe, die die berühmte französische Grotte der Steinzeit belebt, entworfen und modelliert. Auf den Wänden des Saales, in dem die Grotte steht, hat der Maler des Museums von Chicago, Corwin, in vortrefflich gelungenen Freskobildern die wilde, primitive Fauna dargestellt, die die an der Grotte vorüberfließende Vézère überragt. Die prähistorische Familie in der Grotte von Mouster, die jetzt die von Chicago geworden ist, besteht aus dem etwa fünfundsünzigjährigen Vater, einer dreißigjährigen Frau mit einem Säugling im Arm, einem Knaben von zwölf Jahren und einem Greis. Der Vater ist gerade von der Jagd heimgekehrt und hält noch die primitive Steinwaffe in der Hand, mit der er das zu seinen Füßen liegende Reintier erlegt hat. Der Knabe nogt mit sichtlichem Bier an einem Knochen, und der vor dem Feuer lauende Greis ist damit beschäftigt, ein Tierfell durch Entfernung der Fettschicht zur Leder herzurichten. Es wäre, zumal noch den in Glas gemachten Erfahrungen, gemagt, in diesem Modell eine unbedingt zuverlässige Rekonstruktion einer prähistorischen Familiengemeinschaft zu wollen, die auf rund 50 000 Jahre zurückblickt. Zum mindesten aber sind die von Blachère modellierten Figuren nach genauen Messungen der Abgüsse von Schädeln aus Knochenresten der Neandertalrasse hergestellt. Man wird beim Anblick der das Chicagoer Bildwerk veranschaulichenden Illustrationen gewiß nicht zu behaupten wagen, daß unsere Vorfahren geschmeidig sind. Mit ihren tierischen Gesichtern, den offenkundigen Armen und den halblohen, tief in den Schultern eingesunkenen Köpfen geben sie sich als Bestreiter einer Menschheit zu erkennen, die bei Beginn des Diluviums sich noch nicht von der Erdoberfläche loszulösen vermocht hatte, die noch „von den Wassern der Sintflut durchweicht war“.

Der Waggon von Compiègne

Es war kurz nach der Inflation, damals als noch langer Zeit zum ersten Male sich die Grenzen auch dem gewöhnlichen Sterblichen, der nicht 500 Goldmark hinterlegen konnte, wieder öffneten, als ich nach Paris fuhr. Die Kasse an den Scheiben des Abteils, so ist die fremde Landschaft in mich hinein. Suchte die Spuren fremden Lebens und fand das eigene heimatische Leben wieder mit seinen Fabriken, Gruben, Wäldern und Gehöften. Etwas sanfter schien mir die Landschaft, etwas beweglicher die Menschen, etwas besser der Himmel. Bis ich in jene Gegend kam, die der Krieg durchtötet. Nicht viel war mehr zu sehen. Ein paar zerfallene Häuser, eine Kirche ohne Turm und da und dort der zeretzte Stamm eines mippelosen Baumes. Damals war es, daß die Menschen in meinem Abteil mich feindselig ansahen und eine Frau warf mir ein giftiges „Das haben die Boches getan“ ins Gesicht. Einen Augenblick lang wurde ich verzagt vor diesen Worten und ein unbestimmtes Gefühl der Beklemmung erfaßte mich in der Luft des Abteils, die von dem Haß dieses fanatisierten Weibes stichig zu werden drohte. Aber weil die Gewißheit, daß es der Krieg war, der dies alles getan und daß weder ich noch sie, noch irgendeiner von denen, die hier im schmutzigen Abteil dritter Klasse zusammensaßen, Schuld an all diesem Unglück hatte, so tief in mir verwurzelt war, wie nur die Wahrheit verwurzelt sein kann, sprach ich die Worte, die in den letzten beiden Jahrzehnten so oft eine Situation haben retten müssen: C'est la Guerre.

Es ist der Krieg. Ein Arbeiter wiederholte das Wort. Dann sprachen wir nicht mehr darüber. Aber als ich in diesen Tagen wieder die gleiche Strecke zurückfuhr, mußte ich an die Episode von damals denken. Wie damals sah ich neben der Strecke einige Bäume ihre zeretzten Stämme gegen den Himmel reden. Wie damals sah ich Häuser, die der Krieg zerstörte. Gras ist über ihre Ruinen gewachsen. Der Regen hat ihre Härte gemildert. Aber nicht ganz genau hinsieht, sieht kaum noch etwas vom Krieg. Und viele wollen nichts mehr davon sehen.

So kamen wir in die Nähe von Compiègne. Der Zug hielt und wie ich aus dem Fenster sehe, steht da ein deutscher Zug. Deutsche Reichsbahn lese ich auf dem Waggon, der direkt vor meinem Abteil steht und oben, die Bezeichnung: 40 Mannschaften oder 8 Pferde. Aber er trägt nicht nur diese für Truppentransporte bestimmte Bezeichnung, sondern es sind wirklich Pferde und Mannschaften in dem Waggon. Truppen vom Rhein sind es, die in die Heimat zurückkehren. Und plötzlich sind wir wieder mitten im Krieg. Wir können an gar nichts anderes denken, als an jenen anderen Waggon, in dem hier in der Nähe, im Wald von Compiègne, der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Und der nun in Paris im Hofe eines Museums steht und länger als zehn Jahre angeschaut wurde von Fremden und Einheimischen als der Waggon des Friedens, und der es doch gar nicht war. Und an jenes kirchliche Bild denke, das man vor Jahren noch in Paris und überall in diesem Lande taufen und sehen konnte. An jenes Bild, das Erzberger und Hoch zeigt. Den einen in der Pose des Siegers und den anderen in der Pose des Bedemütigten. Und mir fällt ein, daß ich es auf dieser meiner Reise, die mich weit durch das Land geführt, nicht mehr gesehen habe, jenes Bild vom Frieden, der solange kein Frieden war.

Dann fahren wir weiter. An dem langen Zuge vorbei, aus dem die jungen Soldaten schauen und herüberwinken. Und alle in dem Zuge winken zurück. Und es ist, wie wenn im Kriege ein Truppenzug durch die Heimat fuhr. Aber es ist nicht der Krieg. Es ist der Friede. Neben mir hat es jemand gesagt und ich wiederhole es nun und denke, als die beiden Züge schon lange den Bahnhof verlassen haben, an den Waggon von Compiègne. Und an den Frieden, den er verspricht. Erich Grisar.

Mynona: Motorentagung

Der Mensch ist wirklich noch ein Vorurteil... einstweilen gibt es erst, wie bereits bemerkt wurde, — l'homme-machine. Längst war der Fußgänger allen Motorfahrzeugen ein Dorn im Scheinwerfer. Um ihn, diesen Dorn, sich auszureißen, beriefen sie ihre Konferenz ein. Welch stattliche Versammlung: Benz, Mercedes, Daimler, Opel, Wanderer, Adler, Brennabor, Jewett, Auburn hatten ihre Abgeordneten entsandt. Eine Gigantengarage war festlich illuminiert. Auf der Rednertribüne fehlten die Chargierten der Luft- und Wassermotoren keineswegs.

Gegenstand der Besprechung war also die Landplage der lästigen Fußgänger, die sich wie Junkers und ein rundbüchiger Rotor bemerkten, auch in der Luft und zu Wasser unangenehm empfindlich machten. Soweit sie als Chauffeurs, Matrosen, Piloten treue Dienste leisteten, ließ man sie allenfalls gelten. Schon als sogenannte Passagiere, „Fußgänger“ lagen sie den geflügelten, räderigen, schaufelnden Beherrschern der Erde im Wege. Unleidlich aber wurden sie, wenn sie besondere Wege für sich in Anspruch nahmen oder sich ihnen gar direkt in den Weg stellten.

Zum Präsidenten der Versammlung ernannte man, unter lauchenden Töffstössen, einen kleinen Ford (gegen den allerdings ein paar zionistische Schofar-Hupen ohnmächtig remonstrierten). Der kleine Ford erklimmte die Kanzel und schnarrte die Antrittsrede: „Liebe Gefährten,“ rasselte er und gab ein wenig Gas, „der Weltkrieg hat, wenn es dessen noch bedürfte, den Beweis erbracht, daß der sogenannte Mensch nichts Wichtigeres ist, als das Werkzeug der Motorenfabrikation zum Zwecke seines Unterganges. Von den Kreaturen, die der Mensch macht, hängt er zu guter Letzt selber ab. Ich frage: Wie lange sollen wir diesen Sklavenaufstand noch erdulden? Als unsere Geburtsheifer, Diener, Opfer, gewinnen sie allenfalls ihren Sinn, statt dessen schwingen sie sich zu unseren Herren auf. Eine Menge absurder Fußgänger, Fahrgäste, Parasiten, Schmaroten an unseren Pferdekräften. Unter allen Umständen sollen wir sie zerbrechen, plattdrücken, zu Mus machen. Ich möchte hier geradezu die Lösung ausstuten: Parbon wird diesem Ungeleser nicht gegeben! Wer von uns künftighin die Venkstange wenden und bremsen läßt, um solche Würmer zu schonen, dem wird das Chassis verlobert, daß die Pneumatik plagen. — Fräulein Innensteuerfrau hat sich zum nächsten Töffstößel gemeldet: Darf ich bitten, mein gnädiges Fräulein!“

„An mich,“ hupte die Kleine, der ein schnittiger Phœton unabhängig mit dem Bolch-Nicht zuließte, legte sich jüngst ein Bärenarsch. Ich eroberte mir aus allen Pferdekräften den Bürgersteig. Resultat: — eine umstürzende Vitkostäule, ein gründlich zerquetschtes Ehepaar, und mein mit Glasplittern gepickter Borsaner wird seinen Schod zeitlebens nicht mehr los.“

„Gott sei Dank!“ tatütatütate Ford, „hoffentlich war es kein Krier? Der arische Mensch vermacht gelungener mit der Maschine, eignet sich mehr zum Auto-Rentieren. — Das nächste Töffstößel hat Herr Sporttupee — bittet!“

Sporttupee betätigte den Auspuff, er winkte dabei mit dem Stoßdämpfer einer süßen Landaulette zu, die mit ihrem Scheibenwischer rückwärts. „Neulich“ referierte er ratternd, „lauerte ich einem selbststigen Unterstaatssekretär auf. Ich stand still und ließ ihn getroßt über den Fahrdomm schreiten. Raum war er in der Mitte, da fauchte ich drauf zu, legte ihn um und um, kiste ihn ab.“ Drehnendes Beifallhupen von allen Seiten. Neulich ließ sich ein Kabriolett krüllend vernehmen. Der Eidecker beklagte sich über den bombensicheren Unvorstand der Bagelbinden. Ohne Krieg sei es Effig mit der Herrschaft der Maschine über die Menschheit. — Schließlich quirlte noch ein U-Boot in gurgelnden Tönen von der so skurrilen Vergangenheit, wurde aber jählings unterbrochen...

In die Garage stürzten die menschlichen Diener, fäuberten ihre kostlichen Herren und führten sie ins Freie, zur frischen, fröhlichen Jagd auf Menschen. Späß, wurden sie wieder mal gerädert, gepöckelt, gefünstelt, fritassiert: anderthalb Ministerialräte, sämtliche Verkehrsbehörden, ein Hundert stehende Mütter mit ihren Säuglingen, die Prima des Hülberggymnasiums, ein Exkaiser und rund hundert Sowieso-Invaliden schmückten die Strecke mit ihren unappetitlichen Bezeichnungen. Innensteuerfrau versuchte, auch einen ebenso beliebten wie beliebten Dichtersfürsten abzulassen, prallte aber an dessen korpusulentem Roman ab. „Es lebe der Fordschritt!“ höhnte der Voet und lahmt weiter.

Der kleine Ford aber kaufte zum Gewinnbeßel, auf dem die Schraubmuttern tanzen, verliebte sich dofselbst in ein adrettes Brautomobil, das ihm jedoch bei immerer Berührung explodierte... wer feuriger Natur ist, sollte sich nie mit Benzin verheiraten. (Besser trostlos als trübstos, sagte Papa Ford, als er's hörte.)

Fossile Perlen. Die Annahme, daß die Fähigkeit, Perlen zu erzeugen, nur den heute lebenden Muscheltieren zukommt, beruht auf einem Irrtum. Vielmehr haben neueste Kunde in Kalifornien gezeigt, daß regelrechte Perlen auch in sehr alten fossilenführenden Erdschichten, die vor Millionen Jahren entstanden sind, nämlich in den Krebsschichten, die sich zu Lebzeiten der letzten Dinosaurier bildeten, vorkommen. Diese Perlen sind freilich ziemlich klein und haben durch ihr hohes Alter an Glanz eingebüßt; doch sind sie noch deutlich als richtige Perlen zu erkennen. Uebrigens wurde auch in England bereits vor einigen Jahren in der Kreide eine fossile Perle aufgefunden.

